

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 zette oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleines Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kreisredakteur: Emil L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das unverantwortliche Versteckspiel der verantwortlichen Regierung.

Der neueste Flottenplan hat einmal wieder zur Evidenz bewiesen, daß noch so feierlich abgegebene Erklärungen von Seiten der Regierung wertlos sind, und damit das Vertrauen selbst der bürgerlichen und regierungsfreundlichen Parteien zu der heutigen Politik stark erschüttert. Als seiner Zeit die socialdemokratische und auch die freisinnige Presse alle jene Versicherungen, daß die Regierung keine uferlosen Flottenpläne verfolgen, mit berechtigtem Mißtrauen aufnahm, da fühlte man sich in den betroffenen Kreisen so unangenehm berührt, daß man den „Reichs-Anzeiger“ zum Schutze der Regierung zu Hilfe rief und an „das deutsche Volk und die patriotische Presse“ den Appell richtete, sie möchten doch den Versicherungen „der verantwortlichen Regierung“ stellen höheren Wert beimessen als den grundlosen Andeutungen über uferlose Pläne, von denen sich die maßgebenden Stellen fern wissen.“ Daß die Andeutungen über immer weitergehende Flottenpläne nicht grundlos sind und waren, das zeigen ja nunmehr die jüngsten Vorkommnisse. Darüber kann also kein Zweifel mehr bestehen, daß den Versicherungen vom Ministerium mit Recht das Gegenteil von Vertrauen geschenkt werde. Aber es werden in einem Teile der Presse für die Staatssekretäre und den Reichskanzler mildernde Umstände geltend gemacht, da sie ja nicht die Herren der Situation seien. Als sie seiner Zeit die Versicherungen und Erklärungen abgaben, die heute schon nicht mehr gehalten werden können, da hätten sie in gutem Glauben gesprochen und selbst an den Ernst ihrer Versicherungen glauben müssen. Teils der Gang der auswärtigen Politik, teils das neuerliche Eingreifen des Kaisers hätten sie nun in die wenig angenehme Lage versetzt, ihre Worte dem Reichstag gegenüber nicht einhalten zu können. Man dürfe daher der Regierung nicht kurzer Hand das Vertrauen entziehen. Gegen diese Verschönerung des Verhaltens der Regierung dem Reichstag gegenüber muß denn doch kräftig Verwahrung eingelegt werden. Die Minister haben speciell in der Marinefrage dem Reichstag nie klaren Wein eingeschenkt. Das ist deswegen um so schlimmer, als die Minister sehr wohl in der Lage gewesen wären, dies zu thun; denn sie mußten die Anschauungen des Kaisers über die Ausgestaltung der deutschen Kriegsmarine kennen, die immer und von jeher darauf hinausliefen, eine der deutschen Armee an Weltstellung ebenbürtige Kriegsflotte zu schaffen. Wenn in der Presse gesagt wird, daß die Minister über die Absichten des Kaisers nicht unterrichtet waren, daß vielmehr auch der Kaiser in Bezug auf die Entwicklung der Kriegsmarine zu verschiedenen Zeiten verschiedene Auffassungen geäußert und ausgesprochen habe, so stimmt dieser Versuch der Verteidigung eben mit der Wirklichkeit nicht überein. Richtig ist, daß der Kaiser seine Absichten in Bezug auf die Kriegsmarine nur soweit in die Öffentlichkeit dringen ließ, als es sich gerade mit dem Stande der gesetzgeberischen Arbeiten vertrat. Aber daß der Kaiser schon seit seiner Thronbesteigung in engeren Kreisen über sein weitgehendes Flottenprogramm sich offen aussprach, darüber besteht kein Zweifel, das weiß man innerhalb des See-Offiziercorps, das konnte man jedenfalls auch in den maßgebenden Regierungskreisen wissen. Es ist vielleicht gerade im gegenwärtigen Augenblick von Interesse, festzustellen, daß der Kaiser schon im April 1891 in der Marine-Akademie zu Kiel vor einer Versammlung des See-Offiziercorps sein Flottenprogramm mit einer Deutlichkeit entwickelt hat, die jeden Reichskanzler und Staatssekretär immer hätte hüten sollen, Versicherungen abzugeben, die er nicht halten konnte, da er ja doch nur die „Befehle seines Monarchen“ auszuführen hat. Die Versicherungen deckten sich nie mit den Intentionen des Kaisers in Bezug auf die Vergrößerung der deutschen Kriegsflotte. Ueber den genannten Vortrag ist die Öffentlichkeit authentisch nicht unterrichtet worden, trotzdem sind aber die wichtigsten Gesichtspunkte in die Presse hindurchgedrungen.

Der Kaiser führte also damals schon aus, daß auch bei der deutschen Marine das altpreussische, zur energischen Offensive dringende Element zur vollen Geltung kommen müsse. Wie die Kavallerie beim Landheer mühte die Flotte in ihrem zur Schlacht bestimmten Teile in konzentrierter Kraft ihr Alles einzuweihen, um in wichtigem, den Nahkampf suchenden Choc den Feind zu vernichten. Die Kriegsführung zur See, wie sie bisher in den Mäandern geübt wurde, müsse einer veränderten Handhabung entgegengeben. Bis her traten die Geschwader zu den notwendigen Einzel- und Geschwaderübungen im Sommer zusammen, an deren Schluß gewöhnlich eine vorwiegend geschichtliche Uebung, bestehend in einer fogenannten „Hauptfestungs-Kriegsübung“ sich anschloß, deren Aufgabe es war, Einnahme oder Verteidigung eines besetzten, durch Flotten-telle verteidigten Seehafens zu üben. Daß daneben Seegeschäftsübungen vorhergegangen waren, ändert nichts an der Thatfache, daß unsere Friedensmanöver sich vornehmlich auf dem Boden der Taktik bewegten. In Zukunft wird man in jenem neuen System der Kriegsverwendung der Flotte, welches seit 1888 den jährlichen großen Seemanövern Englands zu Grunde liegt und auf die besten nautischen Perioden der Vergangenheit zurückgreift, das wahre Wesen der Kriegsführung zur See erblicken und daselbe zur Geltung bringen. Die Strategie wird mit derselben Bedeutung auf den Seekrieg übertragen werden, welche sie

im Landkriege seit jeher besessen. Nicht Gefechtsmanöver allein und taktische, den Kampf selbst betreffende Schulung, sondern die Dirigierung der Flottenteile nach einem die gesamten Seekräfte ins Auge fassenden einheitlichen strategischen Plane, ihre Verwendung auf diesem oder jenem maritimen „Kriegstheater“, d. h. hier also z. B. auf dem Fingel unserer Meere, oder in dem dieselben verbindenden natürlichen Engpaß, ja unter Umständen die Entsendung eines kompakten, aus „besten Schiffen“ bestehenden Geschwaders dem Feinde weit entgegen auf dessen Annarschlinie, um seine Dispositionen bereits im allerersten Beginn seiner Initiative zu zerstören, das werden die maßgebenden Gesichtspunkte sein.

In diesem Vortrage — das war auch der Eindruck der anwesenden See-Offiziere — lag das Flottenprogramm des Kaisers ganz klar und deutlich eingeschlossen, es war und ist die Triebfeder aller bisherigen und künftigen Flottenvorlagen. Um die Dispositionen des Gegners zur See von vornherein mit besten Schiffen stören und zerstören zu können, braucht man eine große Angriffsflotte, um bald auf diesem bald auf jenem Kriegstheater anwesend sein zu können, braucht man eine vielfache Angriffsflotte, kurz, schon damals wurde für die deutsche Flotte ein total anderes Lebensprinzip, nicht nur in Worten betont, sondern ihm auch wirklich direkt dadurch freie Bahn gemacht, daß der Kaiser die bisherige Art der Kriegsführung zur See, die für Deutschland bis dahin auf dem Princip der Abwehrverteidigung beruhte, aufhob und an seiner Stelle Seekriegs-Manöver nach englischem Muster anordnete. Das war aber der Bruch mit der bisherigen Tradition und bedeutete den festen Entschluß, aus der deutschen Marine eine Kriegsflotte in großem Stile zu machen. Diese Programmrede des Kaisers datiert mehr als acht Jahr zurück. Die Regierung jedoch erhielt den Reichstag noch jahrelang in der Meinung, daß keine Kreuzerflotte geschaffen werden solle, ja selbst heute noch giebt man nicht offen zu, wohin die Reise geht. Im Lichte der historischen Thatfachen erscheinen die Versicherungen und Erklärungen dem Volke und seiner Vertretung gegenüber in einem ungleich viel ungünstigeren Lichte, als das bisher der Fall war. Es wird Aufgabe des Reichstages sein, dem Volke mit aller Deutlichkeit zu zeigen, in welcher Weise mit seinem Vertrauen und seinem guten Glauben von den Herren da oben umgegangen wird!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. November.

Die deutsche Weltflotte

hat nun endlich auch das preussische Ministerium beschäftigt. Am Sonnabend hat der Staatssekretär Tirpitz den Herren Vortrag über den Marineplan gehalten.

Eine neue Kundgebung des Kaisers zu Gunsten der Flotte veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“. In Ostpreußen hat sich ein Flottenverein gegründet, und der Kaiser hat aus diesem Anlaß ein Telegramm an den Oberpräsidenten Grafen Wisniewski gerichtet, in dem er die Hoffnung ausspricht,

„daß es mit Hilfe des „Deutschen Flottenvereins“ gelingen möge, das deutsche Volk immer mehr und mehr von der Notwendigkeit einer starken, seinen Interessen entsprechenden und sie zu schützen vermögenden Flotte zu überzeugen.“ Ganz besonders habe es seinem Herzen wohlgethan, „daß die Provinz Ostpreußen, trotzdem ein großer Teil ihrer landwirtschaftlichen Bevölkerung mit bedeutenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat, in altbewährter Treue, wenn es das Wohl des ganzen Vaterlandes gilt, mit freudigem Herzen Opfer zu bringen bereit ist, wie sie einst Vorbild war in schwerer Zeit am Anfang des Jahrhunderts.“

Das Vertrauen zu den Agrariern Ostpreußens haben die Junker bereits in dem Kanalhandel auf ihre Weise gewürdigt.

Politik und Spekulation. Die „Konf. Korresp.“ wies dieser Tage darauf hin, in welcher Weise durch die Entwicklung der Kanal-Angelegenheit die Ausdehnung der Cement-Aktien beeinflusst worden ist:

So fanden Adler-Cement (14 Proz. Dividende) am 2. August 200, am 12. August (nach der Dortmund-Kaiserrede) 304 — jetzt stehen sie 284; Eisen-Portland stand am 2. August 332, nach der Kaiserrede 340 — jetzt 309; Dexter Goldsch. 147,75, bezw. 156,25, bezw. 135,50; Oberschl. Portland-Cement 200, bezw. 208,75, bezw. 183,80; Oppelner Cement 208, bezw. 208, bezw. 187,10; Portland-Cement Hemmfor 243,25, bezw. 253, bezw. 216; Schles. Portland-Cem. 254,75, bezw. 262,50, bezw. 234,50; Stettin-Ostrow 171, bezw. 178,50, bezw. 154,00; Westfalia am Tage nach Dortmund 320 — heute 281,50.

Diese Liste zeigt deutlich, in welcher Weise Geschäftsinteressen und Politik zusammenhängen. Man kann sich also eine Vorstellung davon machen, wie sehr das Interne der Flottenentwicklung beteiligt ist; es rentiert sich schon für die Großindustrie, durch bezahlte Agenten und bezahlte Presseorgane „nationale“ Flottenbegeisterung im Volke zu entfachen. Auch die Ausdehnung der Aktien der an Schiffslieferungen beteiligten Firmen hält gleichen Schritt mit den politischen Geschehnissen. Die Stettiner Vulkan-Aktien (Schiffbau) stiegen am 17. Oktober, dem Tage vor der Hamburger Rede des Kaisers, 225,50, am 18. Oktober 226,50, am 19. Oktober 228,50, am 20. Oktober 229,50. Am 28. Oktober, wo der Flottenplan veröffentlicht wurde, hatten sie eine Höhe von 230,75, und am 30. Oktober 245,50 erreicht. Heute stehen sie 244,75; die Papiere sind also in den letzten beiden Flottenwochen um 20 gestiegen.

Das ist der reale Hintergrund der „idealen“ Ueberseepolitik.

Das Ergebnis der badischen Landtagswahlen.

Karlsruhe, 5. November.

Die Hoffnungen, welche von oppositioneller Seite auf den Ausfall der gestern stattgehabten Wahlmännervahlen zum badischen Landtag gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Die Fraktion der nationalliberalen Regierungspartei dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten in der alten Stärke in die zweite Kammer zurückkehren. An eine Zweidrittelmehrheit zu Gunsten des direkten Wahlrechts ohne die Eisenlohrschen „Kautelen“ ist unter diesen Umständen nicht zu denken. Die Schuld hieran trifft in erster Linie die bürgerlich-demokratische Opposition, die ihre im Laufe der letzten Jahre eroberten Positionen gegen den Ansturm der Gouvernementspartei nicht zu halten vermochten. Zwei der drei zur Neuwahl stehenden freisinn-demokratischen Sipe, Konstanz und Rastatt, gingen an die Nationalliberalen verloren, während diesem Verlust nur der Gewinn des Mandats von Bruchsal gegenübersteht, das den Nationalliberalen abgenommen wurde. Auch dem Centrum scheint es nicht gelungen zu sein, den Nationalliberalen Abbruch zu thun.

Die einzige Partei, die sich das Verdienst zuschreiben darf, den Nationalliberalen schwere Niederlagen beigebracht und damit ihre Pflicht im Kampf gegen das reaktionäre Ministerium Eisenlohr in vollem Umfange erfüllt zu haben, ist die Socialdemokratie. Sie hat nicht nur ihre beiden zur Neuwahl stehenden Mannheimer Mandate mit 6100 gegen etwa 4000 nationalliberale Stimmen behauptet, sondern auch den Bezirk Pforzheim-Stadt, sowie aller Voraussicht nach auch Durlach-Stadt, wo am Montag noch Restwahlen stattfanden haben, den Nationalliberalen zum erstenmal abgenommen. Im ersteren stehen 96 socialistische gegen 70 nationalliberale Wahlmänner, im letzteren ist nach dem Ausfall der gestrigen Teilwahlen, die eine Verdoppelung der socialistischen Urwählerstimmen gegenüber der Wahl von 1895 ergaben, unser endgültiger Sieg außer Zweifel.

Auch die ländlichen Bezirke in der Umgebung der Residenz Karlsruhe weisen sehr erfreuliche Fortschritte der Socialdemokratie auf. In einer ganzen Reihe von Landorten, die vor wenigen Jahren noch Merikal oder konservativ gewählt haben, sind gestern bei starken socialistischen Urwählermehrheiten sämtliche Wahlmänner unserer Partei zu gefallen.

Mit den beiden neueroberten Mandaten von Pforzheim und Durlach zählt die socialdemokratische Fraktion im künftigen Landtag nunmehr sieben statt der bisherigen fünf Köpfe. Neugewählt sind unsere Parteigenossen Oviszkius, Chemiker in Pforzheim und Hendrich, Redacteur des „Volksfreund“ in Karlsruhe. Außerdem verbleiben in der Fraktion Adolf Gek und Schärer (Karlsruhe), Kramer (Mannheim) und die neubestätigten Abgeordneten Dresbach und Geiß (ebenfalls Vertreter von Mannheim, das insgesamt 3 Abgeordnete zu wählen hat).

Die endgültige Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Parteien des Landtages dürfte sich nach Vollzug der Abgeordnetenwahlen voraussichtlich folgendermaßen gestalten:

Die Nationalliberalen (bisher 26 Mandate, von denen 16 zu erneuern waren) gewinnen drei Sitze (2 von den Freisinn-Demokraten, 1 von den Antisemiten), verlieren drei (2 an die Socialdemokraten, 1 an die Freisinn-Demokraten); künftige Stärke also wieder 26.

Das Centrum (bisher 21 Mandate, wovon 9 zu erneuern) behauptet seinen Besitzstand ohne Gewinn und Verlust.

Die Socialdemokratie (bisher 5 Mandate, wovon 2 zu erneuern) gewinnt ohne Verlust zwei Sitze, beide von den Nationalliberalen; künftige Stärke also 7.

Die Freisinn-Demokraten (bisher 7 Mandate, wovon 3 zu erneuern) gewinnen 1 Sitz von den Nationalliberalen, verlieren 2 Sitze an die Nationalliberalen; künftige Stärke also 6.

Die Antisemiten (bisher 2 Mandate, wovon 1 zu erneuern) verlieren diesen Sitz, ohne zu gewinnen, an die Nationalliberalen; künftige Stärke also 1.

Außerdem dürfte das zur Neuwahl stehende Mandat des einzigen konservativen Abgeordneten nach dem Ergebnis der Wahlmännervahlen bestätigt werden.

Die Anhänger des direkten Landtags-Wahlrechtes ohne die Eisenlohrschen Interessensvertretungen sehen sich also zusammen aus 21 Merikalen, 7 Socialisten, 6 Freisinn-Demokraten und 1 Antisemiten, zusammen 35, während die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit 42 Stimmen beträgt. Die Gegner verfügen über die Stimmen der 26 Nationalliberalen, sowie über je eine konservative und „wilde“. Damit dürfte die Frage der Wahlreform auf längere Jahre hinaus auf dem toten Punkte angelangt sein.

Die für den Herbst 1901 anstehenden Erneuerungswahlen für die Hälfte der Landtagsitze eröffnen der Socialdemokratie die Aussicht auf die Eroberung einer Reihe weiterer Mandate. Es wird dann die auch bei dem heurigen Wahlausfall gemachte Erfahrung ihre Bestätigung finden, daß in dem Kampf gegen die reaktionären Bestrebungen der derzeitigen Regierung und ihrer parlamentarischen Gefolgschaft, in welchem diesmal die bürgerliche Opposition total versagt hat, einzig und allein auf die socialdemokratische Partei mit Sicherheit gerechnet werden kann.

Der „M.“ hatte nach dem Remeiser Urteil ein Gebicht gebracht. In dem er derb den Geist des Christentums mit den Wecken seiner Wunden kontrastierte. In der katholischen und auch evangelischen Presse wurde darauf ein erschütterndes Gebicht los; man sprach von Gotteslästerung und Beschimpfung der christlichen Religionsgemeinschaft. Endlich fand sich auch ein Deminglant, der den Redacteur des Blattes dem Staatsanwalt wegen angeblichen Vergehens gegen § 196 anzeigte.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I Berlin hat diesen Strafantrag zurückgewiesen und dieses dem Antragsteller unter dem 31. Oktober d. J. mittels folgenden Schreibens mitgeteilt:

Ich teile Ihnen ergebenst mit, daß ich wegen des Gebichts „Die feige That in Remes“ von Erhebung der öffentlichen Klage Abstand genommen habe, da dieselbe nach Lage der Sache keine Aussicht auf Erfolg bietet. Eine Verurteilung des Beschuldigten würde nur dann zu erwarten sein, wenn ihm nachgewiesen werden könnte, daß durch den Inhalt des Gebichts eine der christlichen Kirchen als solche oder ihre Einrichtungen und Gebräuche beschimpft werden sollten, und daß er sich in diesem Sinne des beschimpfenden Charakters seiner Kundgebung bewußt gewesen sei. In einer seitens der Redaktion des „M.“ in Nummer 38 des Blattes vom 22. September 1899 veröffentlichten Erklärung wird als Zweck des Gebichts bezeichnet, daß dasselbe nur den unchristlichen Charakter des Remeiser Urteils und derjenigen Gebichte, welche ihr „Christentum“ mit in Ceremonien beizubringen, im übrigen aber gleichgültig bleiben, wenn, wie in dem Dreckfall, dem wahren Geist der christlichen Religion und ihres Eifers und Gehalts geschlagen werde. Dieser Einwand ist dahin zu verstehen, daß der Angriff nicht gegen eine der christlichen Kirchen als solche, sondern nur gegen die Gedankenlosigkeit einzelner Anhänger derselben sich wendet. Mag letztere Auslegung auch anfechtbar sein, so ist sie doch nicht zu widerlegen. Damit entfällt aber die Aussicht auf ein erfolgreiches Einschreiten wegen des beanstandeten Gebichts.

Man sollte denken, daß diese verständige Auffassung des Staatsanwalts von einem Centrumsorgan auch dann gelobt werden dürfte, wenn es wirklich das Gebicht als eine kränkende katholische Gesichts empfinden hätte; man stellt sich doch sonst so gern als Hüter der Pressefreiheit vor. Aber die „Germania“ ist empört über den Mißerfolg der Deminglant, und die „Deutsche Tageszeitung“ meint, wenn „Lasterungen so verächtlicher Art nach dem heutigen Stande unserer Strafgesetzgebung ohne Sühne bleiben müssen, dann ist es unbedingt nötig, daß die kassierende Säde im Strafgesetzbuch ausgefüllt werde.“

Manche man also schleunigst ein Spezialgesetz, eine „lex III“, die folgende Bestimmung enthält: „Jählt sich irgend jemandes Gemüt durch irgend eine Kennerung irgend jemandes Verfehl, so wird letzterer mit Fuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft.“ Dann kann's nicht mehr fehlen. —

Byzantinische Verhältnisse. Das „Kleine Journal“ der Germania und Wallhausmanns nicht der Zusammenkunft des Papen mit Wilhelm II. eine weltgeschichtliche Bedeutung bei. Wie groß die deutsch-russische Freundschaft sei, gehe daraus hervor, daß die deutsche Staatsleitung auf dem Haager Kongreß die Ideen Nicolaus II. warm verteidigt habe.

In Wirklichkeit haben die deutschen Vertreter genau das Gegenteil der im Friedensmanifest entwickelten Anschauungen bestritten, und die deutsche Regierung hat mit vermehrten Kräften die verhängnisvolle Welt-Rüstungspolitik fortgesetzt.

Nebrigens hat das christlich bekehrte Blatt vor drei Jahren, als der Fürst den Empfang des Großherzogs von Baden ablehnte, die Ausweisung Nicolaus II. aus Deutschland anempfohlen, weil er einen deutschen Bundesfürsten drückte.

Jetzt hat man byzantinisch umgelehrt. Der Pöbelzucker gehört eben auch zu den Eigentümlichkeiten eines Volkes, das den Ehrgeiz hat, den jeweiligen Spuren der Regierung, niemals errönd, zu folgen. —

Die Novelle zu den Unfallversicherungs-Gesetzen, welche dem Bundesrat zugegangen ist, enthält, wie eine Korrespondenz mitteilt, in vier Anlagen die vorgeschlagenen Änderungen für das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz, das Unfallversicherungs-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft, das Bau- und des See-Unfallversicherungs-Gesetzes. In praktischer Weise ist, wie im vorigen Jahre bei der Vorlage des Invalidenversicherungs-Gesetzes, der ganze Text der bisherigen Gesetze mitgeteilt und daneben die neue Fassung gelehrt. Der Novelle ist eine umfangreiche Begründung, ein allgemeiner und ein besonderer Teil, beigegeben. Es wird darauf hingewiesen, daß seit Erlass der Unfallversicherungs-Gesetze praktische Erfahrungen gesammelt und Bedürfnisse hervorgetreten sind, welche eine Änderung dieser Gesetze und eine Erweiterung ihres Wirkungsbereichs angezeigt erscheinen lassen. Deshalb ist bereits 1896 dem Reichstage eine Novelle zugegangen, die zwar nicht zur Verabschiedung gelangte, aber einer eingehenden Beratung in einer besonderen Kommission unterzogen wurde. Die gegenwärtige Vorlage knüpft an die damals geschaffene wertvolle Vorarbeit an und übernimmt eine große Anzahl der Kommissionsbeschlüsse. Von einer Verschmelzung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung: Kranken-, Unfall-, Invaliden-Versicherung ist Abstand genommen. Eine Zusammenlegung der genannten Versicherungszweige ist zwar im Grundgedanken wünschenswert, doch ist es bisher nicht gelungen, dafür annehmbare Grundlagen aufzufinden. Den Beschlüssen der Reichstagskommission, welche sich auf eine Umgestaltung der Beiträge für die Verletzten während der ersten dreizehn Wochen nach Eintritt des Unfalls beziehen, ist in der Novelle nicht Folge gegeben worden. In einzelnen wird in den Motiven die Erweiterung der Unfallversicherung begründet auf den ganzen Umfang der Gewerbebetriebe, welche sich auf Vauarbeiten erstrecken (Zischler, Schloffer, Schmiebe, Fensterputzer), auf das gesamte Fleischergewerbe, auf die handwerklichen Betriebe der Drahterzien usw. Besondere Abschnitte behandeln die Erweiterung der Leistungen der Berufsgenossenschaften, Entlastung der Versicherungsämter und die Verbeibehaltung der Karenzzeit. In einem besonderen Gesetzentwurf ist schließlich, wie bereits mitgeteilt, einem Beschlusse, den der Reichstag auf Anregung seiner Kommission gefaßt hat, Rechnung getragen und eine Regelung der Unfallfürsorge für Gefangene in Vorschlag gebracht worden.

Die „Krenzzeitung“ schäkert. In unserer Mitteilung, daß der Finanzminister dem Eisenbahnminister 918 Stellen für Eisenbahnsekretäre gestrichen habe, hatte ein Blatt bemerkt: „Vermutlich wird Herr v. Miquel sich gefogt haben, daß in Anbetracht der kommenden Plottenforderungen ein sparsames Wirtschaften doppelt not thue.“

Darauf schreibt die „Krenzzeitung“: „Was ist das wieder für eine gedankenlose Verächtigung! Die Sorge um die Kosten der Plottenvorlage liegt doch zunächst nicht dem preussischen Finanzminister ob. Wohl aber hat er bei Anstellung des preussischen Staatshaushalts allen Grund, sparsam zu sein. Der Mittelstandskanal kostet recht viel Geld, und daß er jemals dem Staate Uberschüsse liefern werde, daran denken doch wohl auch die höchsten Kanalwärtner nicht. Da er aber eingeständenermaßen die Einnahmen der Eisenbahnerverwaltung eineträchtigen wird, so ist es gar nicht zu verwundern, daß gerade bei dieser die notgedrungenen Sparmaßnahmen einsetzt.“

Die Postzeitung ist nicht äbel. Vählt das Blatt den Herrn v. Miquel bereits für den Mittelstandskanal sparen, für dessen Nichtzustandekommen der Minister doch auch fürderhin Sorge tragen wird. —

Ein Organ Wassermanns soll die Berliner „Tägliche Rundschau“ werden; mit Wassermann hat, dem „Hamb. Kor.“ zufolge, Herr v. Heyl das Blatt angekauft. Schade nur, daß diese beiden Socialpolitiker keine Kruppen hinter sich haben. —

Die Kunst, ein genialer Staatsmann zu sein, lehrt die neueste Nummer des „Simplicissimus“ in einem Satz: „Man muß in der auswärtigen Politik Dummheiten machen, um die Aufmerksamkeit von der inneren abzulenken, und dann muß man in der inneren Politik Dummheiten machen, um die Aufmerksamkeit von der auswärtigen abzulenken.“ — Das ist das ganze Geheimnis der Regierungskunst! —

Ordnungskämpfer. Zwischen zwei Einjährigen des 100. Infanterie-Regiments fand gestern ein Pistolenduell statt, wobei einer so schwer verwundet wurde, daß er mittags starb. Der andere wurde verhaftet. Die Ursache soll in einem geringfügigen Wortwechsel liegen. —

Agarierwünsche. Aus Dresden wird uns geschrieben: Hier hielt die angesehenste agrarische Interessentenvertretung Sachsens, der Landeskulturall, seine Jahresversammlung ab.

Hoch durchnag Agarier vom reinsten Wasser gehören dieser Körperkraft an, und Leute wie Graf Stömeritz, Kammerherr v. Frege, der Vizepräsident des Reichstags, Rittergutsbesitzer Justizrat Opitz zegeben den Ton an. Und was diese Leute sagen und wünschen, findet bei der Regierung immer gelegenes Ohr. Der früher manchmal gegen die Regierung angelegene aggressive Ton ist dem auch ganz verfallen. Die Agarier geben jetzt selbst zu, daß die Regierung alles nur mögliche ihnen zuleide thut.

Der Landeskulturall befahte sich diesmal unter anderem mit der Frage der **Reubelegung der Fideikommiss.** Das neue Bürgerliche Gesetzbuch Metet die Möglichkeit, daß in den einzelnen Bundesstaaten das Fideikommisswesen neu geregelt werden kann. Die sächsische Regierung hat einen solchen Gesetzentwurf in einer den Agarieren entgegenkommenden Weise ausgearbeitet, der zur Begutachtung vorlag. Sehr interessant ist nun, wie im Landeskulturall speziell vom Justizrat Opitz die Aufrechterhaltung und Reubelegung dieser mittelalterlich-feudalen Einrichtung begründet wurde. Es sei Pflicht jeder Regierung, vor allem einer monarchischen, im Interesse ihrer Selbsterhaltung alle Einrichtungen der Staat und Gesellschaft stützenden Art zu schützen. Umso mehr, als sich in der heutigen Zeit die staatsuntergrubenden Tendenzen so sehr bemerkbar machten. Die Fideikommiss dient auch dazu, den Jued, Glanz, die Würde des Hauses und Familie aufrecht zu erhalten.

Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man alles ihm müsse, um die jetzigen „bänklerischen“ Verhältnisse zu konsolidieren. Aus politischen Gründen müsse man auch die kleineren Grundbesitzer dabei nach Möglichkeit berücksichtigen. Deshalb müsse auch die Grenze des Kleinrentags, welche maßgebend für die Gründung von Fideikommissen ist, niedrig gehalten werden. Der Gesetzentwurf kommt diesen Wünschen entgegen. Er bestimmt, daß als Minimalgrenze der jährliche Reinertrag eines Besitztums von 7500 M. gelten soll.

Nahgehend ist nur Grundbesitz, nicht mobiles Kapital. Von einer Seite wurde vorgeschlagen, die Grenze auf 12 000 M. zu erhöhen, da mit 7500 M. nicht „landesgemäß“ gelebt, der „Glanz des Hauses“ nicht aufrecht erhalten werden könne.

Wie dreifach man andererseits die allgemeinen Bildungs- und Vollsinteressen mit Fügen teilt, zeigte sich bei einer anderen Gelegenheit. Die Herren verlangen zum sonndsvielsten Male die **Herabsetzung des Fortbildungsschulunterrichts von drei auf zwei Jahre.** Man „begründet“ diese Forderung mit der „Leutenot auf dem Lande“. In geradezu einseitiger Weise wertete man auch bei der Gelegenheit gegen die Socialdemokratie. So lange die Socialdemokratie durch Wort und Schrift Gelegenheit habe, ihre „verheerende und verüstende Thätigkeit zu entfalten, so lange habe der Fortbildungsschulunterricht nur einen problematischen Nutzen. Die Arbeiter haben viel zu schrankenlose Freizeiten — die Freizügigkeit muß eingeschränkt, für die Arbeitseignisse muß der Belohnungszwang eingeführt werden. Man muß die Kasernen statt in die Städte auf das Land baren, damit die jungen Leute beim Militär die Fählung mit dem Lande nicht verlieren.

So haben sich die sächsischen Agarier wieder einmal im besten Lichte gezeigt.

Weimar, 6. November. Heute wurde der Landtag eröffnet. Staatsminister Rötke verlas das Regierungsprogramm, das in der Ankündigung gipfelte, daß der socialistischen Agitation scharf entgegengetreten werden solle. Abg. Baudert (Soc.) brachte eine Interpellation ein, weshalb die Regierung der Justizhandvorlage im Bundesrat zugestimmt habe. —

Samoa.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Gegenüber fortgesetzten irigen Angaben sind wir in der Lage, nochmals auf das bestimmte zu verweisen zu können, daß der Staatssekretär Graf v. Bällo von ihm in der Samoa-Frage von Anfang an eingenommenen Standpunkt, wie man ihn aus seinen Erklärungen vor dem Reichstage kennt, während der ganzen Dauer der schwebenden diplomatischen Verhandlungen festgehalten hat und demgemäß jetzt so wenig als früher gewillt ist, die deutsche Stellung in Samoa aufzugeben.

Ausland.

Czechische Demonstrationen.

—st. Wien, 8. November.

Die Vorgänge, die sich in den böhmischen Landstädten seit etwa zwei Wochen abspielen, sind ein politisches Unikum: sie beginnen als politische Versammlungen und endigen mit Fensteranschlägen bei den Juden. Es wird bald keine czechische Stadt geben, in der nicht den Juden die Fenster eingeschlagen worden sind; an vielen Orten ist es auch zu weit ärgeren Dingen, zu Plünderungen und Brandstiftungen gekommen. Was diese halb grotesken, halb abscheulichen Exzesse als so traurige Symptome der österreichischen „Kultur“ erscheinen läßt, ist der Umstand, daß sie nicht irgendwo im Osten, sondern im industriell entwickeltesten Teile des Reiches geschehen, daß sie sich in Böhmen ereignen, was man eigentlich zu Europa gezählt hat. In Oestreich freilich hat man sich an Straßengerisse schon sehr gewöhnt; neben den Staatsanwälten sind Polizisten und Gendarmen die eigentlichen Hüter und Verwahrer dieses Staates geworden.

Man würde sich nun sehr irren, wenn man die sich immer wieder erneuernden Exzesse auf Konto der Aufhebung der Sprachenverordnungen setzen wollte. Das ist nur der Anlaß, der die Erregung in That umsetzt; in Wirklichkeit wirkt dabei der berüchtigte Polnaer Nordprozess viel mehr mit als das verlegte nationale Gefühl. Der Antisemitismus ist in dem czechischen Kleinbürger- und Bauerntum immer lebendig; jede politische Bewegung endigt dort mit Exzessen gegen die Juden. Das alberne Blutmädchen hat die Bevölkerung zudem in eine Art Eutranz verfezt; eine Stimmung, die von der den Junggehehen nachrückenden Schichte, den sogenannten „Radikalen“, aufs stärkste geschürt wird. Die Aufhebung der Sprachenverordnungen ist nun der Anlaß zu Demonstrationen geworden, und die Demonstrationen wieder sind die Gelegenheit zu Angriffen gegen die Juden. Die Exzesse geben sich zwar jetzt als ein sehr freiwiliges Volk aus, die den Antisemitismus verabscheuen; aber ihr Freisinn hat sich mit Judenhegen seit jeher trefflich vertragen. Er begnügt sich aber damit; daß die jungczechischen Blätter antiehmisch schreiben, den Juden die Fenster eingeschlagen werden, das hindert nicht, daß in der Partei selbst Juden eine ganz auffällige Rolle spielen können. Es ist eben kein reflektiver Enderfolg, sondern ein ganz urwüldiger.

Die Abneigung der Exzesse gegen die Juden hat zwei Ursachen: eine nationale und eine wirtschaftliche. Die Juden gehen zwar im czechischen Gebiete mit den Exzessen durch die und dünn, sie sind sogar fixnumme Parteigänger, aber sie sind und bleiben

Fremdlinge. Im Innern der Familie wird trotz aller Anfeindungen deutsch gesprochen, die Kinder werden deutsch erzogen und ihren Erwerb suchen sie in deutschen Gegenden. Der Czechifizierungs-Prozess hält kaum für eine Generation vor; was der Vater in der kleinen Landstadt in einem Menschenalter zusammengerafft hat, das verzehren die Kinder schon im deutschen Wien. Diese Thatsachen erklären das unabwehrbare Nütranen des Czechen gegen die verstreuten jüdischen Elemente; Jude und Deutscher gilt im czechischen Gebiete für synonym, wenn sich auch die Juden bei ihrem Kupferstolente sehr stark „czechisch“ zu drapieren wissen. Der zweite Grund, der die Juden in einem Lande, das sie seit Jahrhunderten bewohnen, noch immer als Fremde erscheinen läßt, ist ökonomischer Art. Die Juden sind nämlich in den Dörfern und den kleinen Landstädten die wirtschaftlich Stärkeren; sie sind die Kaufleute, die Waffer, sie verkörperten die Uebermacht des Geldkapitals gegenüber dem, der den Boden bebaut; mit anderen Worten, sie beherrschen das Land wirtschaftlich und sind die Träger des Ausbeutungsprozesses. So seltsam sich also diese ewigen Judenhegen inmitten des civilisirten Europas ausnehmen, sie sind trotzdem die Revolten gegen den Druid, den eine kleine Minderheit auf die große Mehrheit ausübt.

Die Exzesse werden natürlich von den Gendarmen und dem aufgebotenen Militär eskaliert, aber ihre Ursachen wirken weiter und bei nächster Gelegenheit — die ist ja in Oestreich immer rasch gegeben — treten sie wieder hervor. Auch in der „Judenfrage“ leidet dieser ungeliebte Staat daran, daß er zu sehr an den Osten grenzt und der ununterbrochene Zustrom von Juden an seiner großen staatlichen Gemeinschaft seinen Widerstand findet. Kurz gefaßt: Der Antisemitismusprozess ist hier langsamer als der Judentum, und so entsteht eine Störung in der Entwicklung, die eben der Antisemitismus erzeugt. Auch diese große Landplage wird Oestreich nicht mehr los werden. —

Oestreich-Ungarn.
Abgeordnetenhaus.

Wien, 6. November. Auf der heutigen Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über die **Dringlichkeitsanträge betreffend die Aufhebung bezw. Revision des § 14.** Milewski erklärt im Namen des Polenklubs, er werde gegen den Antrag Daszynski auf Streichung, aber für den Antrag von Kaiser und Bergelt auf eine möglichst weitgehende Revision des § 14 stimmen. (Beifall.)

Im Laufe der weiteren Debatte giebt der Vorsitzende im Ministerrate Graf Clary die Erklärung ab, daß die Beibehaltung des § 14 nötig sei, daß gerade in der ausnahmsweisen Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt an die Regierung bei scharfer Begrenzung der Ausnahmefälle und bei genauer Anwendung der Voraussetzungen ein wirksamer Schutz für die Verfassung selbst gegeben ist. Die Regierung werde im Ausschusse ihre Stellung zu etwaigen Änderungsvorschlägen des § 14 präzisieren. —

Die Dringlichkeit für den Antrag Daszynski wird mit 151 gegen 61 Stimmen beschlossen. Nach einer längeren erregten Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag Daszynski auf Streichung des § 14 bei Anwesenheit von 277 Abgeordneten abgelehnt, da nur 167 dafür und 110 dagegen stimmten, somit die qualifizierte Majorität nicht erlangt wurde. Die Dringlichkeit des Antrages Kaiser auf Abänderung des § 14 wird hingegen einstimmig angenommen und einem zu wählenden, 48 gliedrigen Ausschusse nach dem Antrag des Abgeordneten Kaiser der Auswurf erteilt, binnen 14 Tagen Bericht zu erstatten. Damit ist dieser Gegenstand erledigt, und die Sitzung wird geschlossen.

Budapest, 5. November. Wegen der Verordnung des gemeinsamen Kriegsministers, betreffend die Weidung der Reservisten bei den Kontrollversammlungen, wiederholten sich heute abend die **Andeigungen der Studenten;** letztere zogen auch vor die Wohnung des Ministerpräsidenten Koloman Esell. Die Polizei gestreute die Menge und nahm 5 Verhaftungen vor. —

Wien, 6. November. Der **Arbeitsbeitrag** nahm einen Gesetzentwurf betreffend Arbeitsvermittlung an, nach welchem dieselbe vom Staate zu besorgen ist. —

Prag, 6. November. Gestern fand am Welken Berge eine öffentliche Versammlung statt, welche wegen **immunitarischer Verlaufs** angefaßt wurde. Die über 700 Personen zählende Volksmenge versuchte hierauf in geschlossenem Zuge nach Prag zu gehen, was die Polizei verhinderte. —

Frankreich.

Paris, 5. November. Wie verlautet, haben die **Anwälle der Angeklagten in der Komplottaffäre** beschlossen, keine Obstruktion durch Wasserwerchungen von Zeugen zu machen. Sie werden sich darauf beschränken, für jeden Angeklagten 10—12 Personen zu beschören, so daß im ganzen 120—150 Zeugen zu vernehmen sind. Die ganze Verhandlung dürfte daher in 5—8 Tagen beendet werden.

Unserem Parteiorgan, der „Münchener Post“, ist folgende Erklärung zugegangen:

Wien, den 5. November 1899.

Werte Genossen!

Sie greifen mich wegen einer Kennerung in meinem ersten Artikel an: „Das Centrum und das allgemeine Stimmrecht“, worin ich tadelte, daß unsere Genossen im bairischen Landtage in ihrem Wahlrechtsantrage nicht das jetzt in Bayern gültige Wahlfähigkeitsalter forderten. Sie verweisen ferner auf die Rede des Genossen Bollmar, in der dieser ausdrücklich betonte, daß selbstverständlich das jetzt geltende Wahlfähigkeitsalter festgehalten werden möchte, und schließlich aus diesem angeblichen Ueberehen meinerseits auf eine Mächtigkeits in meiner Arbeit in diesem Punkte.

Wie Unrecht Meine Artikel sind Montag, den 30. Oktober, fertiggestellt worden; der erste Artikel erschien Mittwoch, den 1. November, d. h. zu einer Zeit, wo mir die Rede Bollmars erst im Auszug vorlag, der keine Kennerung über das Wahlfähigkeitsalter enthielt. Der stenographische Bericht der Bollmarschen Rede, mit der in Betracht kommenden Stelle über das Wahlfähigkeitsalter, kam mir durch Ihr Blatt erst Freitag zu Gesicht, also nach dem mein erster Artikel schon zwei Tage veröffentlicht war.

Sie ersehen daraus, daß Ihr Vorwurf, ich habe mir eine Mächtigkeits zu schaulden kommen lassen, nicht gerechtfertigt ist. Andererseits gebe ich mit Vergnügen zu, daß auch mein Angriff wegen des vermuteten Mangels in dem Antrag der bairischen Genossen im Landtag nicht gerechtfertigt war und nicht veröffentlicht worden wäre, hätte mir bei Abfassung meiner Artikel bereits das Stenogramm der Bollmarschen Rede vorgelegen.

Eine Berichtigung durch mich selbst wäre auch schon erfolgt, wäre ich nicht durch die Fertigstellung einer drängenden Arbeit so stark in Anspruch genommen gewesen, daß mir darüber die Sache wieder aus dem Gedächtnis kam.

Mit bestem Gruß Ihr A. Bebel.

Parlamentarisches.

Eine **Novelle zum Gemeinde-Wahlgesez** ist unter Berücksichtigung der in voriger Session in der Kommission geltend gemachten Wünsche ausgearbeitet und unterliegt zur Zeit der Begutachtung des Staatsministeriums. Die Vorlage soll dem Landtag schon im Januar zugehen.

Partei-Nachrichten.

Mit den **Beschlüssen des Parteitages** erklärte sich die Kreis-Parteiversammlung des Kreises Solingen einverstanden. Ebenso einverstanden erklärten sich die Genossen in Osabrück in einer Kreisversammlung. Eine Parteiverammlung in Hagen erklärte sich mit allen auf dem Parteitage gefaßten Beschlüssen einverstanden. Eine erregte Debatte über den Fall Wittgenau wurde durch Schluß-

entrag beendigt. In einer weiteren Versammlung wollen sich die Genossen schlüssig werden, ob sie einen eigenen Kopfblatt-Redakteur ausstellen sollen.

Die Genossen in Jena nahmen nach lebhafter Diskussion folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 3. November tagende Parteiverammlung erklärt unter Bezugnahme auf die in früheren Versammlungen gefassten, jede derzeitige Aenderung in Prinzip und Taktik der Partei durchaus ablehnenden Resolutionen ihre volle Zustimmung zu den diesbezüglichen Beschlüssen des Parteitag von Hannover. Die Versammlung erklärt im besonderen in der einstimmigen Annahme der Resolution Webel die absolute Ablehnung aller, von Wernstein und seinen Anhängern angestrebten Aenderungen, sowie die erneute bindende Zustimmung zu der bisherigen proletarisch-revolutionären Taktik der Partei!

Toxiculiste der Partei. Von einem schweren Verlust wurde die Partei in Jena betroffen. In der Mitte dieses Jahres hat eine Lungenerkrankung den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins, Maschinenbauer Friedrich Hertka, aus der Mitte seiner Freunde gerissen. Die Partei, der sozialdemokratische Verein und der Metallarbeiter-Verband erleiden durch den zu frühen Tod des unermüdeten Genossen einen schweren Verlust.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Stettin errangen unsere Parteigenossen einen Stimmenzuwachs von 302 gegen des vorigen Jahr, während die Freisinnigen 220 Stimmen verloren. Gewählt wurden die reaktionären Mischmaschleute, genannt Unabhängige.

Ein Sozialdemokrat . . . Rathherr. Dieser Fall wird sich demnächst in Kopenhagen ereignen. Der Kopenhagener Magistrat besteht aus dem „Oberpräsidenten“, der von der Regierung eingesetzt wird, den vier Bürgermeister und vier „Rathherren“. Von diesen gehen demnächst zwei Großhändler ab. Der Oberpräsident erläßt eine Bekanntmachung, daß sich Bewerber melden möchten. Jeder Kopenhagener Bürger darf sich nämlich bei der Bürgerrepräsentation, dem das Wahlrecht für diesen Beamten zusteht, nach dem Gesetz darum bewerben; aber natürlich stellen die Parteien der Bürgerrepräsentation (Gemeinderäte) ihre Kandidaten auf. Die radikale linke Majorität hat sich verbunden, diese beiden Posten mit Männern ihrer Parteien zu besetzen und soll eine Stelle den Liberalen und eine den Sozialdemokraten zufallen, so daß sie also damit ihren Einzug in die höchste kommunale Behörde halten.

Aus England.

London, den 2. November.

Der betäubende Schreck, den die vorgestern eingetroffene Nachricht von der Kapitulation zweier Regimenter hier verbreitet hatte, hat sich so ziemlich gelegt. Man empfindet eine gewisse Erleichterung darin, daß die Kapitulation erst erfolgte, als den Soldaten nach mehrstündigem hartem Kampfe die Munition ausgegangen war, und daß der Verlust der Division einem quasi elementaren Ereignis zugeschrieben werden konnte, daß es nicht die britischen Soldaten, sondern die Maultiere waren, die anstießen. In- des versteht man sich nicht, daß dies im Grunde doch nur ein Trost von sehr bedingtem Wert ist. Die beiden Regimenter und die ihnen beigegebenen Kanoniere bleiben darum nicht weniger verloren, und die am gleichen Tage eingetroffenen Verstärkungsmannschaften haben vielleicht diesen Verlust ausgeglichen, aber an der bedrückten Situation der bei Ladysmith konzentrierten Truppen nichts Befehlendes geändert.

Das bedeutendste Faktum der Katastrophe vom 30. Oktober ist nicht so sehr die Kapitulation der zwei zusammen- geschlossenen Regimenter, als die Thatsache, daß es General Buller nicht gelang, in Fühlung mit ihnen zu bleiben. Sie weist entweder auf einen fast unbegreiflichen Verstoß gegen die elementarsten Kriegsregeln oder auf einen verhängnisvollen Mangel im Organisationswesen der englischen Armee hin. Selbst das Durchbrechen der Maultiere mit den Munitionswagen kann nicht als ein unvermeidbares Elementarereignis betrachtet werden. Solche Vorwommisse, wie das Scheitern von Bagieren können sicherlich vorgebeugt und durch entsprechende Vorkehrungen in ihren Wirkungen auf ein Mindestmaß reduziert werden. Uebrigens herrscht gerade über die näheren Umstände dieses Vorfalles noch ziemliches Dunkel.

Ueberhaupt laufen die Nachrichten vom afrikanischen Kriegsschauplatz hier wieder außerordentlich spärlich ein. Die Censur der britischen Militärbehörden ist nach jedem Mißerfolg doppelt streng, und die offiziellen Depeschen sagen zwar nichts direkt Unwahres, täuschen aber durch das, was sie nicht sagen. Ueber eine ganze Reihe wichtiger Thatsachen, wie z. B. die faktische Stärke der zur Zeit General Buller zur Verfügung stehenden Truppenmacht, ist die Presse auf ziemlich vage Schätzungen angewiesen, das erhöht aber selbstverständlich noch die Unruhe. Bis die Masse der von England nachgeschickten Truppen an Ort und Stelle sind, können ja immer noch gut zwei Wochen vergehen.

Vestensfalls haben die Engländer den Krieg bis jetzt mit einer Verschwendung von Menschen und Material geführt, die bei leidlicher Voraussicht sehr wohl hätten vermieden werden können. Was die militärische Führung und die Soldaten bis jetzt positiv geleistet haben, reduziert sich auf teilweises Gutmachen der falschen Position, in der sie sich zu Beginn der Feindseligkeiten befanden. Lord Rosebery meinte gestern in einer zu Edinburgh gehaltenen Ansprache, das sei der traditionelle Verlauf der englischen Feldzüge. „Infolge eines gewissen mysteriösen, iblein Einflusses, der unter Vorbereitungen beherrscht“, sagte er, „fangen wir gewöhnlich ziemlich schlecht an, aber wir ertragen diese Dinge und finden am Ende, daß sie doch noch gut auslaufen“. Indes unterließ der Ex-Führer der Liberalen nicht, hinzuzufügen, daß eines Tages „selbstverständlich Untersuchung angestellt werden wird, welches die Vorbereitungen zu diesen Kriegen waren, welches die Stärke der Truppenmacht war, die wir in Südafrika hielten oder nach Südafrika schickten, wo die Verhältnisse stets bedrohlich und zuweilen sogar demütigend waren und wir uns einer relativ starken Militärmacht gegenüber und in- mitten einer hochländischen Bevölkerung befanden, die jedenfalls aufgerüttelt werden konnte. Die unmittelbare Aufgabe aber sei, mit aller Kraft und Energie zu denen zu stehen, welche die Führung der Geschicke des Landes haben.“

Dieser letztere Appell hat Lord Rosebery den lauten Beifall der Regierungspresse eingetragen. Anders beurteilt ihn ein Teil der radikalen Presse. Die liberale Partei ist durch den Krieg nahezu in zwei feindliche Lager gespalten worden. Der eine Flügel, dessen Organ die „Daily News“ sind, geht in der Transvaalfrage durch- aus mit der Regierung, der andere, dem Wälder wie das „Daily Chronicle“, der „Star“ etc. als Mundstück dienen, opponiert zwar nicht der energischen Führung des nun einmal ent- braunten Krieges, macht aber nach wie vor die jegliche englische Regierung und speziell Lord Chamberlain und Sir Alfred Milner für ihn verantwortl. Gewiß, schreibt das „Daily Chronicle“, werde die von Lord Rosebery bezeichnete Untersuchung stattzufinden haben, aber sie werde nicht halb so wichtig sein, als die Untersuchung, die ihr logischerweise werde voranzugehen haben. „Im einen Krieg als ein vermeintliches Interesse des Reichs zu bühnen und zu angeln und es einigen unserer besten Offiziere und unserer angesehensten Offiziere zu überlassen, die Wut eines plötzlichen Angriffes von einem Volk in Waffen anzuhalten, mag späterhin als Grund für etwas Erstarrtes als eine bloße Untersuchung betrachtet werden. Aber das Wühlen um den Krieg fällt schwerer ins Gewicht als das Berechnen in Bezug auf Zeit, Hilfsquellen und Möglichkeiten.“ Zur Verkräftigung dieser scharfen Beurteilung fahren „Chronicle“, „Star“ etc. fort. Allenfalls zu veröffentlichen, welche die Genannten im denkbar schlechtesten Lichte erscheinen lassen.

Eine Rede, die Rosebery vor einigen Tagen in Bath gehalten hat, hat auch die Frage wieder zur Sprache gebracht, ob Gladstone richtig handelte, als er 1881 unmittelbar nach der Niederlage von Majuba Hill Frieden mit den Boeren schloß. Die boerenfreundliche Fraktion der Liberalen bezw. Radikalen antwortet ja, die andern

bestreiten es oder stellen es als jedenfalls zweifelhaft hin. Es liegt auf der Hand, daß beide Parteien auf Thatsachen und Erklärungen zur Verkräftigung ihrer Anschauungen verweisen können. Vertreter der Boeren haben bald Gladstones Großmut gepriesen, bald sich bekräftigt, daß sie 1881 den Engländern eine Lektion erteilt und sie gezwungen haben, ihnen nachzugeben. Aber die Goldfunde und die von ihnen bewirkte Ausbannung von Emmanuelsen in Transvaal haben so völlig andere Verhältnisse geschaffen, daß sich die Weisheit der 1881 getroffenen Maßregeln gar nicht nach den in den letzten Jahren erfolgten Konflikten beurteilen läßt. Diese wären auch dann kaum ausgeblieben, wenn Gladstone 1881 erst das Transvaal hätte militärisch besetzen lassen, bevor er mit den Boeren Frieden schloß.

Die bezweigte Gegenüberstellung hat nur deshalb Bedeutung, weil sie überhaupt die zwei Strömungen kennzeichnet, die zur Zeit durch die liberale Partei Englands ziehen, von denen die eine die des imperialistischen Liberalismus ist, wie ihn Rosebery genannt hat, während die andere die allliberalen Traditionen hochzuhalten sucht, wie Gladstone und Wright sie zu verschiedenen Zeiten vertreten. Wirtschaftlich lassen sich die beiden Fraktionen schwer charakterisieren, es hat hier wie dort sehr weit nach links stehende Sozialpolitiker und ziemlich mangelhaft gesinnte Bourgeois. Jeigen sich korrespondierende Meinungsverschiedenheiten doch selbst in den Reihen der englischen Sozialisten, wenigstens in der Transvaalfrage die überwiegende Mehrheit der hiesigen Genossen nicht nur erklärte Gegner des Krieges sind, sondern auch die Schuld an seinem Ausbrechen durchaus der englischen Regierung zur Last legen. Eine abweichende Meinung vertritt u. a. der Redakteur des „Clarion“, Robert Walford. Er erklärt, die Schuld am Krieg treffe beide Seiten, nachdem der Krieg aber ausgebrochen sei, sänge auch er, Walford: *Rale Britannia!*

Daß die Masse der nichtsozialistischen Arbeiter ähnlich denkt, steht außer Zweifel. Bei ihr kommt noch hinzu, daß der Krieg in einer ganzen Reihe von Gewerben gesteigerte Thätigkeit und erhöhte Löhne zur unmittelbaren Folge gehabt, die anderen vorerst wenigstens nicht geschädigt hat. Er spielt sich in zu weiter Entfernung ab, um die Sicherheit des englischen Marktes zu gefährden, und England ist zu reich, um sonst wirtschaftlich unter ihm zu leiden — so lange er nicht größeren Umfang als jetzt annimmt . . .

Der Krieg.

Die spärlichen Nachrichten aus dem Kriegsgebiete erzählen von allerlei für die Engländer erfolgreichen Ausfällen und Gefechten. Doch so zweifelhaft diese Meldungen sind, so sicher ist es, daß es den Engländern bisher nicht gelungen ist, sich in ihrer bedrückten Lage auch nur ein wenig Luft zu schaffen; vielmehr wird die Umflekung durch die Boeren stets enger und gefährlicher. Colenso, welches die wichtige Eisenbahnbrücke über den Tugelafluß beherrscht, dürfte wahrscheinlich bereits in den Händen der Boeren sein, jedenfalls ist es in höchster Nähe bedroht und es fanden heftige Kämpfe um diese Position in den letzten Tagen der vorigen Woche statt. Wir verzeichnen die bemerkenswerthesten Nachrichten.

Die Londoner Wälder veröffentlichten am Sonntag in Sonder- ausgaben folgende Depesche aus Ladysmith vom 2. November 2 Uhr nachmittags: Während der Beschießung, die heute morgen stattfand, übernahm eine Abteilung unserer Kavallerie und Artillerie eines der Boerenlager. Soeben hat eine englische Bombe ein schweres Geschütz der Boeren getroffen und dasselbe völlig zerstört.

Das „Mentersche Bureau“ meldet aus Ladysmith vom 2. d. M. 10 Uhr vorm.: Heute früh um 6 Uhr begann ein Artilleriekampf, der noch andauert. Der Feind richtete bis jetzt im englischen Lager keinen Schaden an. Das Feuer der Engländer verbanderte die Boeren, die Geschütze zu richten. Man hört Geschützdonner in der Richtung auf Colenso.

Kampf um Colenso.

Das „Mentersche Bureau“ meldet aus Colenso vom 2. November 11 Uhr 15 Min. vormittags: Der Feind begann die Beschießung von Colenso. Sein Feuer richtet sich gegen das Fort Wyllie, welches der Tugelafbrücke als Deckung diente.

Feuer meldet das „Mentersche Bureau“ aus Colenso vom 2. d. M.: Heute gingen die Boeren gegen die Stadt vor; sie kamen von Ladysmith her und stellten ihre Batterien auf Groblers Aloopi Hügel. Sobald eröffneten diese ein Feuer, sowohl auf Ladysmith wie auf Colenso. Die Boeren bedienen sich Kanonen großer Kaliber gegen Colenso und zielen hauptsächlich auf das Fort Wyllie; allein, da die Geschütze zu weit tragen, fallen die Geschosse sämtlich dieses der Stadt.

Ein Telegramm Bullers.

Das britische Kriegsministerium hat am Sonntag ein Telegramm des Generals Buller empfangen, in welchem derselbe eine aus Ladysmith vom 2. d. M. datierte, ihm vermittelst Landpost zu- gegangene Depesche übermittelt. Danach war am Tage vorher General Buller mit Kavallerie und Artillerie ausgerückt und hatte ein Boerenlager wirksam beschossen. Auf englischer Seite waren keine Verluste zu verzeichnen. Am 2. d. M. griff General Buller den Feind mit Feldartillerie und Kavallerie südwestlich von Ladysmith an. Der Kampf dauerte mehrere Stunden, die Verluste waren auf englischer Seite gering. Das Bombardement dauerte am 2. und 3. November fort. Es fielen viele Granaten in die Stadt. Die Truppen sind gesund und die Verwundeten in guter Verfassung.

Vormarsch der Boeren im Süden.

Wie „Daily Mail“ aus Durghersdorp in der Kapkolonie vom 2. d. M. meldet, ist das britische Lager bei Stormberg Junction an dem genannten Tage 90 englische Meilen südöstlich nach Durgenstom verlegt worden. Man ist der Meinung, daß die Verlegung des Lagers eine große Anzahl der Boeren der Kapkolonie veranlassen wird, sich dem Feinde anzuschließen. Ein weitere Abteilung von 2500 Oranjesboeren hat demselben Platte zufolge mit einer Anzahl von Geschützen die Brücke bei Bethulle überschritten.

Ein Telegramm aus Kapstadt vom 1. November besagt, daß der Feind gestern die Eisenbahnbrücke bei Kortaalpoort überschritten hat und Colesberg ohne jeden Widerstand besetzte. Ein kleines Polizeikommando unter Führung eines Sergeanten, das die Garnison darstellte, streckte die Waffen.

Intervention der Mächte?

Amsterdam, 4. November. („Frankf. Ztg.“) Dr. Lehds teilt mit, daß ein Dazwischentreten Deutschlands, Frankreichs und Russlands in der Transvaalfrage gesichert sei.

Paris, 5. November. Die portugiesische Regierung hat, wie verlautet, nochmals der hiesigen Regierung die Mittelung zugehen lassen, daß sie im Transvaalkriege die strengste Neutralität beobachten, die Delagoabai in keiner, wie auch irgend gearteten Form, an England abtreten und keine Truppen durchgänge von englischer Seite durch portugiesisches Gebiet in Südafrika dulden werde.

Vormarsch der Boeren im Süden.

London, 6. November. (B. H.) Die „Times“ veröffentlichten in ihrer zweiten Ausgabe ein Telegramm, wonach das Vordringen der Boeren in der Kapkolonie schnelle Fortschritte macht. Es bestätigt sich, daß der Plan des Generals Buller der ist, die Boeren von der südwestlichen Grenze des Oranjesreiches abzu- greifen. Im übrigen werden alle Bewegungen der englischen Truppen geheim gehalten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik um den Reunfundentag ist beendet. In 44 Betrieben mit 1000 Arbeitern sind die Forderungen bewilligt. In 12 Betrieben mit 600 Arbeitern ist die Bewegung resultatlos verlaufen.

Die Zahl der Streikbrecher war besonders in den letzten Tagen erheblich gestiegen; dazu kommt, daß die Saison mit diesem Monat in der Drozwarenfabrikation ihrem Ende zuneigt. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse haben die Streikenden den Kampf abgebrochen, um zu geeigneter Zeit das nachzuholen, was gegenwärtig nicht zu erreichen war. Die Fabrikanten haben versprochen, sämtliche Kollegen, soweit dies überhaupt noch durchführbar ist, wieder einzustellen und keinen Kollegen wegen seiner Beteiligung am Streik zu mahregeln. Gleichfalls wurde von allen Unternehmern die Regelung der neunstündigen Arbeitszeit für das nächste Jahr in sichere Aussicht gestellt. Inwiefern die Industriellen ihre gegebenen Versprechungen halten werden, muß abgewartet werden. Vorkünftig sind noch 200 Kollegen zu unter- stützen, welche nicht sofort eingestellt worden sind.

Hierbei weisen wir darauf hin, daß laut Beschluß in den Werkstätten nur Sammellisten und Marken einzureichen dürfen bezw. zu zeichnen sind, welche vom Vertrauensmann der Metallarbeiter ab- gestempelt und herausgegeben sind.

Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Tapetiererei! Die Kollegen der Werkstatt des Zunngemeisters Heinrich Brandt, Hohlmannstr. 21, der die Arbeiten für die Firma Heinrich Jordan, Hofmeister, Paragrafenstr. 105-107 hat, haben wegen Verletzung eines Kollegen einstimmig die Arbeit niedergelegt. Die Verhandlung der Agitationskommission mit Herrn Brandt sind gescheitert. Bezug ist fern zu halten. Zugleich weisen wir darauf hin, daß mit dem heutigen Tage der Arbeitsnachweis nicht mehr Schützenstraße, sondern Weidstr. 21 bei Simonis sich befindet. Die Agitationskommission der Tapetiererei Vertins und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der Versammlung am 4. November die Kollegen nur dort in Arbeit treten dürfen, wo sie vor Ausbruch des Streiks gearbeitet haben. Umgehungen ist verboten und haben sich die Kollegen betreffend Arbeitsvermittlung nur an die Lokalkommission zu wenden. Zur Aufrechterhaltung der Kontrolle ist letzteres unbedingt notwendig und kommen die Kollegen durch die Kommission jedenfalls in geregelte Arbeitsverhältnisse. Am Freitagabend findet eine öffentliche Versammlung statt. Alles weitere hierzu siehe Annonce in der Donnerstag-Nummer des „Vorwärts“.

Die Lokalkommission.

Zu dem Streik der Teppichweber bei der Firma Feibisch, in Berlin, Kaiserstraße, der jetzt bereits die 11. Woche andauert, ist noch keine nennenswerte Aenderung eingetreten. Die Streikenden, welche immer noch fest zusammenhalten, widersprechen energisch dem von den Angehörigen des Herrn Feibisch an sie gestellten Ansuchen, in die Fabrik zurückzukehren. Täglich, ja, so oft diese Herren einen Arbeiter oder eine Arbeiterin zu sehen bekommen, suchen sie die Streikenden zu bewegen, die Arbeit unter den günstigsten Bedingungen wieder aufzunehmen; doch vergeblich! Bei dieser Gelegenheit werden den Streikenden Löhne versprochen, die mit den bisherigen bei Feibisch gezahlten in traurigem Widerspruch stehen. Mit der Streikkommission, an die man diese Leute verweist, will Herr Feibisch bekanntlich nichts zu thun haben, wie er ja auch die Verhandlung mit dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts, das von den Streikenden angenommen worden ist, abgelehnt hat. Arbeitswille haben sich leider auch hier durch die igtönen Versprechungen anwerben lassen. Sie können 25-30 M. verdienen, wenn aber nach einigen Wochen dieser bei Feibisch nicht gefamte Verdienst ausbleibt, so ziehen die Leute wieder von dannen; so auch die aus Kowawes; trotzdem man ihnen noch 3,00 M. Fahr- geld gegeben hat, sind die meisten von ihnen wieder abgezogen. Streikbrecher sind hier noch aus Forst, Grünberg, Sorau, Verlan, Friedrichsberg bei Berlin und auch einige Berliner. Es verzieht keine Woche, in der nicht Unfallsfälle vorkommen. Das kommt daher, weil es monatelang ja jahrelang dauert, ehe ein Arbeiter mit diesen gefährlichen Maschinen umzugehen versteht.

Die Streikkommission.

Achtung, Eisenler! Der Streik bei der Firma Spinn u. Sohn, Wasserhofsstr. 8, ist beendet und die Sperre aufgehoben. Die Kommission.

Der Gesellenaustrich der Zwangsummung der Kupfer- schmiede ist am Sonntag gewährt worden. Die Kandidaten der Organisation sind fast einstimmig gewählt.

Ein Lokalkampf der Rixdorfer Weber. so berichtet eine bürgerliche Korrespondenz, droht auszubrechen. Schon seit einiger Zeit wird von den Gehilfen laut, daß sie höhere Löhne haben wollen. Eine vor einigen Tagen tagende Versammlung der Gehilfen wählte eine Kommission, die einen Lokalkampf ansatzte. Dieser Lokalkampf wurde dem Obermeister der Weber-Zunng Herr Schneider zugestimmt, welcher daraufhin sämtliche selbständigen Weber beauftragte, Besprechung und Beratung des Lokalkampfes am Sonntag nach dem Gröppelischen Salon, Bergstraße 147, einzuladen. Die Gehilfen fordern durchsänntlich 20 Pf. mehr. Häufig Vorreden verlangen sie pro Stunde 25 Pf., und damit diese Arbeit länger als einen halben Tag, dann wollen sie 3 M. pro Tag haben. Außerdem stellen sie die Forderung: Einführung des 9/10 stündigen Arbeitstages. Unter den selbständigen Webern war nur eine Stimme, daß es so nicht weiter gehen kann, sie selbst würden zu Grunde gehen, wenn die Gehilfen nicht mehr zahlen. Das Schreckgespenst, die Ware aus Säcken und anderen Orten bezogen, ist bedeutend billiger, verdingt nicht. Der Obermeister Herr Schneider erklärte ganz einfach: „Wir würden so oder so sterben, wenn wir aber doch einmal sterben müssen, dann ziehen wir den stärksten vor dem langweilen Tod vor.“ An die Bewilligung der Forderung der Gehilfen sei vorläufig gar nicht zu denken, bevor nicht die selbständigen Weber höhere Preise erzielt haben. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern soll dieses in einer Versammlung, die am 11. d. M. in demselben Lokale statt- findet, gechehen.

Deutsches Reich.

Zu der Felber Kinderwagen- und Holzwarenfabrik von E. A. Käbber haben infolge 20prozentiger Lohndrängierung, nach vorausgegangenem 14tägiger Stilllegung, 26 Ladierer die Arbeit eingestellt. Der durchschnittliche wöchentliche Arbeitsverdienst betrug bei einer täglichen Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden 18 bis 20 Mark. Bei einer weiteren Firma dieser Branche Opel u. Kühne haben ebenfalls infolge Lohndrängung elf Mann die Arbeit eingestellt. Bei letzterer Firma wurden bis jetzt für sogenannte „Kinderpartikulare“ für die Ladierarbeit 10 Pf. bezahlt und nun soll für die Zukunft nur noch 5 Pf. für dieselbe Arbeit bezahlt werden, also eine 20prozentige Lohndrängierung. Die Arbeiter wollten sich auf einen 20prozentigen Abzug einigen, jedoch die Firma hält an den 50 Proz. fest. Bezug ist fern zu halten.

Der Kreisler Färbereistreik ist nach achtwöchentlichem Dauer beendet. Die Arbeiter haben ihre berechtigten Forderungen leider nicht durchsetzen können. Immerhin ist seit und mit dem Streik eine Erhöhung der Löhne eingetreten. Es hatten sich auch aus den eigenen Reihen schließlich eine so große Anzahl Streikbrecher ge- funden, daß sich der Streik nicht mehr länger aufrecht erhalten ließ. Gegen 200 Personen sind noch auf einige Wochen hinaus zu unter- stützen; später hofft man sie in Betriebe unterbringen zu können, welche neu errichtet werden.

In Frankfurt a. M. sind am Montag 1200 Männer „arbeitslos“ geworden, wie ein bürgerliches Blatt sich melden läßt. Es ist also unbestimmt, ob es sich um einen Streik oder Aussperrung handelt.

Der Ausstand der Schuhmacher der Schmarnschen Fabrik in Pasing-München dauert bereits sechs Wochen. Mit dem Unternehmer haben zahlreiche Unterhandlungen stattgefunden, ohne daß sie bis jetzt zu einem Resultat geführt hätten. Der Vor- sitzende des Deutschen Schuhmacher-Verbandes hat allein drei Tage mit dem Fabrikanten verhandelt und ist schließlich unver-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 7. November.
Cyberhaus. Der Barbier von Sevilla. In Afrika. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Herr im Hause. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Ein Wespenspiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Hygieine auf Tauris. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ein unbekanntes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wollen. Jar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Major. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reizend. Jagdfreuden. Vorher: Hamlet-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luffen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Der Weltuntergang. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Ein glühender Junge. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Champomette. Anfang 8 Uhr.
Selle. Alliance. Wespenspiel des Schiller'schen Bouren. Theater. Oper von Schiller. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Mund um Berlin. Im Reich der Exzellenz! Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Susanne im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hygieine auf Tauris.
Schauspiel in 5 Akten von W. Goethe.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nora.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.

Auftretend

das beste und amüsanteste
November-Programm Berlins.
Hedra, Schmeiser, Kunst und
Große vereinigen sich in

Madem. Miette

der reizenden Pariser Straßenfängerin.

Carmen Roccas

dem besten spanischen Tänzerin.

Georg Kaiser

den besten Berliner Salonhumoristen.

Familie Klein

den Kleinen und Besten Radfahrern
der Welt.

Tartakoffs

den besten russischen Nationaltänzern
und Tänzern.

Zalva Trio

den Meistern des Drahtseils.

Cabarets

dressierten Miniaturhunden.

Mary Wolf

der reizenden deutschen Soubrette.

Rund um Berlin!

Beste Revue in 2 Akten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn-
und Festtagen 7 1/2 Uhr. Vorverkauf:
Invalidentheater und Künstlertheater.
Telephon Amt 1 2126.
Jeden Sonntagmittag 3 Uhr:
Promenaden-Spezialitäten-Vor-
stellung.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Der Sieg des Menschen über
die Natur“.
Hörsaal: Dr. Nass; Schwefel und
Phosphor.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.

Neu!
Anatomisch.
Museum.
Dienstag für
Damen.
Passage-
Theater:
Vorh. v. 7-10 1/2
15 erstklassige
Debuts.

CASTANS

PANOPTICUM
165. Friedrichstrasse 165.
Neu! Die heulenden Neu!
und tanzenden
Derwische
! aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Grisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagmittag 3 Uhr in
halben Preisen: Der Zigeunerbaron
von Joh. Strauß.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstrasse 132.
Täglich:
Der Weltuntergang.
Großes Kunststück mit Gelang
in 3 Akten (15 Bildern) von Dr.
Carl Weich und Jos. Till.
Muskel von M. Hall.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagmittag: Schüler-
Vorstellung: Die Räuber.
Freitag, 10. November: Große
Schichttheater-Vorstellung zum
Besten unserer deutschen Brüder
in Transvaal: **Der Welt-**
untergang. Vorverkauf zu dieser
Vorstellung schon voll heute an.

Thalia-Theater.

Teil. Amst. Va 6440, Dresdenerstr. 72/73.
Der Major.
Thomas, Thielscher, Halmring,
Junkermann.
Im 2. Akt: **Dr. Wintropf, Terzett.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Um 7 1/2 Uhr beginnt
Frau Luna
mit dem Luftballon „Origolet“
und **Cécile Carola.** Ferner:
Dressierte Fische von Prof.
Bonetti vorgeführt.
Robert Steidl.
The Gothams, das wunderbarste
New Yorker Vokalquartett.
Mlle. Rosalba, Eva Haller, Franklins.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater,
beim „Künstlerdank“, Unter den
Linden 67, und „Invalidendank“,
Unter den Linden 34 E.

Cirkus Busch.

Heute Dienstag, den 7. November,
abends 7 1/2 Uhr: **Sports-Abend.**
Olympische Spiele aus der
Zeit des Kaisers Nero. Die See-
löwen. Wunderreife des Kapitän
Webb. Unsere Marine. Gr. Ballett.
Dr. Charles Clarke als Jockey. Die
Ritter-Turniere des Mittelalters.
Wigler-Glown Daniels, Clown Risto,
Original-Kingst Mr. Cheevers und der
französische Clown Delbosq, Director
Busch mit seinem Original-Registrier-
Apparat.
Morgen: Vorstellung.

W. Noacks Theater,

Brammenstr. 16,
Der Verschwender.
Original-Bauernmädchen in 3 Auf-
zügen (8 Bildern) v. Ferd. Rotmund.
Muskel von Krüger.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzfräulein.
Montag: Der Verschwender.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Grüne Jungs.
Gesangsspiele in 1 Akt von G. L.
Egon Roscoe, Musiker. Elsa Messer
(Promulgator), Franziska Held, Gertrud
Bergel.
Freitag: **Familienabend.**
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Palast-Theater

früher
Foen-Palast, Burgstraße 22.
Berlin erweitert sich über das
neue erfolgreiche
November-Programm.
Berlin lacht **Dränken**
zum 40. Male über die zwerchfell-
erschütternde Gesangs-Parodie
Susanne im Bade.
Berlin lacht um 10 Uhr über die
Weiberhochzeiten
Drei Vasilisen.
Anfang 7 1/2 Uhr. Deffnung 8 1/2 Uhr.
Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.
Sonabend nach der Vorstellung:
Gesellschaftsabend und Tanz. Be-
sunder der Vorstellung: Frei-Tanz.
Vorzugs- und Freilisten sind gültig.

American-Theater.

Direktion: Emil Schnabl.
Dresdenerstr. 96.
Eröffnung
diese Woche.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Nord-
deutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 6 1/2 Uhr.
Donnerstag und Freitag
nach der Soirée: **Tanz.**
Hoffmann mit'n Loh-
kasten.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
(Menschel,
Vielor, Britton,
Ziehl, Krose,
Kirchmayer,
Schneider
und Schrader).
Heute zum Schluß:
Burschenherrlichkeit
Stabenbild von Meusel.
Anfang präde 8 Uhr.
Tageskasse 11 bis 1 Uhr.

Cirkus Alb. Schumann.

Größter equestrischer
Cirkus der Welt.
Im eleganten neu renovierten
Cirkus Renz.
Heute, Dienstag, den 7. d. M., abends
7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Unter andern: Gruss der Kaiser-
stadt, dargestellt vom Personal. Kund
der blauen Gräze auf der Insel Capri.
Groß. Ballettdivertissement, 30 Damen
in Prachtkostümen. — Scherzstück,
Siebenbürger Wallach in einem ganz
neuen Genre als Schulpfied dreifüßig
und ger. v. Direkt. Albert Schumann.
— Les enfants terribles, Weisw.
Bodgint. — Mit Gita Lady Jockey.
— Clown Rapp u. Championdancer Sullivan.
— Bicycle-Polo-Team. — Non plus
ultra, Pferde als Akrobaten.
Original-Dressur des Direktors Alb.
Schumann. — Mlle. Helene Gérard,
französische Schultzeiterin. — Die Post
mit Postkutschern, geritten vom Clown
Zentoff. — Grand fontaine hippique
mit den Hoppengütern, Orig. Dressur-
stück des Dir. Alb. Schumann u. c.
Jeden Montag
findet im Restaurant „Zum
Doppelochsen“ Konzert statt.
Jacob Ruppel, Bochstr. 49.

Achtung! Zimmerer! Achtung!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Zwei Bezirks-Versammlungen.
Mittwoch, den 8. November 1899, abends 8 Uhr,
für Wedding und Gesundbrunnen:
im Wedding-Casino, Schul-Strasse Nr. 29.
Donnerstag, den 9. November 1899, abends 8 Uhr,
für Moabit:
im Moabiter Klubhaus, Bunsell-Strasse Nr. 9.
Tages-Ordnung:
1. Die Beschlüsse des Arbeiterbundes für das Baugewerbe und die
Bereinigungen zwischen den Berliner Zimmerern und ihren Arbeitgebern.
2. Diskussion und Verschiedenes.
Die Bezirks-Vertrauensleute.
Textilarbeiter und Arbeiterinnen!
Mittwoch, den 8. November, abends 8 Uhr, bei Graumann, Raumstr. 27:
Große öffentliche Versammlung
aller in der Färberei beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen J. Rofke: Zweck und Nutzen der
Organisation. 2. Diskussion. 3. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der
Firma Riedel. 4. Verschiedenes.
Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Färbereien
arbeiten, sind hiermit ganz besonders eingeladen.
Der Vertrauensmann.
Achtung! Ballschuhmacher. Achtung!
Am Mittwoch, den 8. November 1899, abends 8 1/2 Uhr,
bei Haberecht, Gr. Frankfurterstr. 30:
Öffentl. Versammlung
der Ballschuhmacher.
Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige Lage in der Ballschuhindustrie und die Bedeutung
der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Jahresfest und päpstliches Erscheinen erwartet.
Der Einberufer.
171/9

Achtung! Maurer. Achtung!

Dienstag, den 7. November, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße Nr. 29:
Große öffentliche Versammlung
der Maurer Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
Beratung des Beschlusses der Resolution von 1. November und Beschlußfassung über
die endgültige Einführung besserer Bauweisen, Ueber, geregelte Arbeitszeit usw. auf allen Bauten.
187/17
Die Verbandsleitung. J. K.: Karl Panier.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Blegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletots nach
Maß, für 30 Mark hochfeine An-
züge nach Maß, für 8-12 Mark
feine Hosen nach Maß. 20072
Riesen-Zoflager.
Krausenstr. 14, 1, kein Laden.

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.

Neuheiten

für Herbst und Winter.
Blusenkleid mit eleganter
Seiden-Bosse 15 M.
Strassenkleid in neuen
Winterstoffen 25 M., 30 M.
Promenadenkleid in
eleganter Ausführung 36 M.
Jackenkleid, sehr beliebte
Fasche in Cheviot u. Winter-
Loden, 20 M. 127403
Jackenkleid in Cheviot,
cover-coat und Tuch 30 M.
Wollene
Blusenhemden,
Matinees und
Morgen-Röcke,
2 M., 3 M., 4 M., 5 M.
Costüm-Röcke
in den neuesten Fasch.
schwarz u. farb., auf Futter: 6 M.,
7 M., 10 M., 12 M., 15 M.

Winter-

Jacketts

in allen neuen Fasch. u. Farben
6, 8, 10 M., 12 M., 15 M.

Plüsch-Jacketts,

glatt und bestickt 30 M., 40 M.

Plüsch-Capes,

glatt u. bestickt 30 M., 36 M.

Capes und Kragen

in Krümmen u. Reifaffé 3,50 M.,
4,50 M., 6, 8, 10, 14, 15 M.

Regenmäntel

in neuesten
Fasch. 15, 18, 20 M.

Golf-Capes

in neuen, glatten und schottisch
farb. Reifaffé-Stoff 6 M., 7 M.,
8 M., 9 M., 12 M., 15 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße,
Ede Lindenstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlungen.
Osten und Nordosten: bei Mann,
Tages-Ordnung:
Bericht der Obmänner, Berichtangelegenheiten, Verschiedenes.
Der Obmann für den Osten ist Kollege Leonhardt Paul,
Friedrichsbergstr. 5, Seitenstr. 2 Nr., der Bezirksleiter Kollege C. Kandi
wohnt Köpenickerstr. 76, vorn 3 Tr.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

Schweibestraße 23 bei Wernau.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Bericht-Kontrollkommission. 2. Vorstands- und Bericht-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Wedding und Gesundbrunnen:

im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbands-
angelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Vertrauensmänner. 2. Werkstattangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Sämtliche Werkstellen müssen vertreten sein, besonders die Werkstellen
von Gröber, Breitahn & Grünig, Tichmich und Thierbach.

Westen und Südwesten: in Gabels Brauerei,

Bergmannstraße 5/7.
Tages-Ordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Südosten: bei Berend, Mantewerfstr. 95.

Tages-Ordnung:
Werkstattangelegenheiten, Verschiedenes.
Besonders eingeladen sind die Kollegen von Liesfeld, Mantewerfstr. 30.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Friedrichsberg: bei Heinicke, Friedrichstr. 11.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Obmanns. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Friedrichsfelde.

Donnerstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
des Herrn Bube in Friedrichsfelde, Prinzen-Allee 30:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Brückner: „Was lehrt der Tuberkulosekongress
den Gewerkschaften?“ 2. Verschiedenes.

Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale

des Herrn Dieke, Ackerstr. 123:
Vertrauensmänner-Versammlung
der Modell- und Fabrik-Tischler
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission über die haltgefundenen
Werkstatt-Einigungen. 2. Diskussion. 3. Unsere weitere Agitation.
Jede Werkstatt muß wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung einen
Delegierten schicken. — Vertrauensmännerliste oder Verbandsbuch legitimiert.

Branche Parkettbodenleger.

Mittwoch, den 8. d. M., abends 8 Uhr, bei Hube, „Zyrenhallen“,
Kirchstraße 27:
Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.
Es werden die Kollegen folgender Firmen: Wittig, Schmitt u. Kühne
Seid u. Comp., Rosenfeld, Ende, Badmeier und Danke ersucht, auch ihrer-
seits Vertrauensleute zu entsenden.

Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr:

Brancheversammlung der Stellmacher
bei Schiller, Rosenhallerstraße 57.
Tages-Ordnung:
1. Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb unserer Branche
verbesserungsbedürftig? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Drechsler.

Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
Osten: bei Nohls, Koppenstraße 11. Südosten, Westen und
Südwesten: bei Schönmann, Zallikerstraße 7. Norden: bei
Hoppe, Ackerstraße 145.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obmänner vom Monat Oktober.
2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind ganz besonders die Kollegen von nach-
stehenden Werkstätten geladen: Wolff, Gehrdtsdörferstr. 14. Bornocks, Bernauer-
straße 78. Mehnert, Schulzeisenstraße 6.
Pflicht jeder Werkstatt ist es, einen Vertrauensmann zu entsenden, welcher
besitz Sorge zu tragen hat, daß sobald als möglich ein Lokalarif der
Kommission eingehändigt wird.

NB. Sonntag, den 12. November, findet eine Besichtigung des
Gewerkschaftshauses statt, wozu wir sämtliche Drechsler Berlins freunds-
chaftlich einladen. Treffpunkt bei Herrn Bieberlein, Adalbertstraße 60,
früh 10 Uhr.
Die Kommission.
117/4

Zur Beachtung!

Als Ausschussmitglied ist Kollege Böske gewählt.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ordnungsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Strasse Nr. 20:
Allgemeine
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung: Anträge auf Abänderung des Organistat.
Ohne Karte und ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Berein der Kleber. (Tapezierer.)

Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Panier, Insestr. 10:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichtsangelegenheiten. 2. Bureaufrage. 3. Tarifberatung.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung Erscheinen sämtlicher Mit-
glieder notwendig.
Der Vorstand.
6726

Resultate der Berliner Stadtverordneten-Wahlen.

In 21 Wahlbezirken standen wir gestern im Kampf. Von diesen 21 Bezirken haben wir in 19 einen Sieg errungen, in 3 Bezirken stehen wir in Stichwahl und 6 Bezirke fielen den Freisinnigen zu. Unter den 12 uns zugefallenen Wahlbezirken waren 6, die wir zu behaupten hatten und auch glänzend behauptet haben, 6 sind neu hinzugewonnen worden. Von diesen waren 4 neugebildete Bezirke, 2 hingegen haben wir den freisinnigen Gegnern abgenommen.

Gewählt sind unsere Parteigenossen:

- | | |
|-------------------|---------------------|
| Tollsdorf, | Freudenberg, |
| Wille, | Ewald, |
| Seimann, | Millarg, |
| Hoffmann, | Sinke, |
| Koblenzer, | Augustin, |
| Gleinert, | Pfaunkuch. |

In Stichwahl stehen:

- | | | |
|---------------|----------------|----------------|
| Ewald, | Lankow, | Glocke. |
|---------------|----------------|----------------|

Insgesamt sind gestern nach vorläufiger Zählung in allen 21 Wahlbezirken abgegeben

- | |
|-------------------------------------|
| 26 877 socialdemokratische Stimmen, |
| 15 069 freisinnige |
| 4 519 konservative |

Zum ungefähren Vergleich lassen sich die Zahlen von 1893 heranziehen, wo die gleichen Stadtbezirke, wenn auch in anderer Bezirkseinteilung zu wählen hatten.

Damals wurden abgegeben 12 111 socialdemokratische, 10 832 freisinnige und 2513 konservative Stimmen.

Somit ist neben dem glänzenden Gewinn an Mandaten für uns eine Verdoppelung der Stimmenzahl zu verzeichnen.

Der Wahltag.

Mit einem vollen Siege schließen wir den 6. November ab, einen Sieg, der ebenso den Feindern unserer Sache, wie der eigenen guten Sache und der opferwilligen Arbeit unserer thätigen Genossen zu danken ist. Wochen und Monate hindurch war der Bedarf in die proletarischen Massen hineingeworfen worden, die im Kampfe vorantretenden Genossen hatten nicht Mühe und Arbeit gescheut. Noch am letzten Sonntagmorgen hatte eine wohlorganisierte Flugblattverteilung stattgefunden und mittags wurde dann in einer großen Zahl von Volksversammlungen das letzte anfeuernde Wort zu den massenhaft erschienenen Arbeitern und Bürgern gesprochen. Hatte doch allein der sechste Wahlkreis zum Sonntag sieben solcher Versammlungen einberufen!

Aber alle Arbeit und alle Organisation hätte nichts genützt, wenn sich nicht die Mehrheit des Bürgerparlaments im roten Haus im Laufe der Jahre ein so voll gereiftes und geschultes Maß von Begegnungs- und Unterlassungsständen aufs Haupt geladen hätte, daß auch der einfachste Mann zu dem Entschlusse kam: Bis hierher und nicht weiter!

Das Volk hat gerichtet. Fast auf der ganzen Linie, soweit die Entscheidung in den einzelnen Wahlbezirken überhaupt von der Arbeiterbevölkerung gegeben werden konnte, sind die socialdemokratischen Kandidaten gewählt worden, und wir haben gute Hoffnung, daß sich die Stadtverordnetenwahlen späterer Jahre für uns nicht ungünstiger gestalten werden. Die auf die Förderung des Arbeiterwohls gerichtete Thätigkeit der alten und der neu ins rote Haus ziehenden Genossen wird dafür sorgen, und nicht minder natürlich die Thoten der kaum je zu beherrschenden Mehrheit des Stadtparlaments.

Daß die Agitation für die Wahlstadt und die Organisation des Kampfes am Wahltag selbst nicht geringer war, als während der mühevollen vorhergehenden Wochen, versteht sich von selbst. Schon in früher Morgenstunde strömten zahlreiche hilfsbereite Genossen zu den Sammelstellen, um sich — unentgeltlich natürlich, nicht wie die Helfer der bürgerlichen Parteien gegen lügendes Lohn — in den Dienst der guten Sache zu stellen. Die Folge war, daß kein unserer Wahlkomitees über Mangel an Hilfskräften zu klagen hatte, und es waren außer den Centralbüros in den verschiedenen Wahlbezirken 23 solcher Komitees eingesetzt worden, von denen der Kampf geleitet wurde.

An der Wahl waren diesmal fast alle Stadtbezirke beteiligt; im äußersten Westen wurde ebenso gewählt, wie im hohen Norden auf dem Gesundbrunnen, im äußersten Osten ebenso wie in Moabit, im Süden der Stadt wie im Centrum. Die Wahlsituation der Wählerklasse war freilich sehr verschieden. Im reichen Westen gehören zur dritten Wählerklasse noch Personen, die im Osten oder in anderen Arbeiterbezirken in der ersten oder zweiten Wählerklasse erscheinen würden.

Aber überall erwies sich die vom Magistrat getroffenen Einrichtungen für die diesmalige Wahl als ganz praktisch. In Wahllokale hatte man größere Räume oder Säle von Restaurants aussersehen, und zwar waren die Tische des Wahlvorstandes durch eine Art von Barriereanbau gegen den übrigen Raum abgegrenzt, so daß die Wähler nur durch samale Thüren einzeln an die Wahltische heranrücken konnten. Es wurde durch diese Einrichtung ein zu plötzliches Bedrängen der listensührenden Beamten verhindert, das in den Abendstunden vielfach unvermeidlich gewesen wäre. Tags über freilich und auch in der Mittagstunde ist kaum irgendwo ein besonders starker Andrang zu bemerken gewesen; das „Geschäft klapperte nur so einermögen“, wie wir an einem Wahlstische scherzhaft sagen hörten. Abends aber wuchs die Beteiligung, namentlich in den ferner gelegenen Arbeiterbezirken, plötzlich an. Die Stadtbahnzüge und die Pferdebahnen brachten Truppen von Arbeitern, die von der fern gelegenen Arbeitsstätte herbeieilten, um der Wahlsticht zu genügen. Vielen sah man es an, daß sie direkt vom Arbeitsplatz an den Wahlstisch traten.

In mehreren Wahllokalen, so am Andreasplatz, wo wir den Schluß des Wahl- und Waffenganges beobachteten, waren um 8 Uhr abends noch eine große Menge unangefertigter Wähler vorhanden, und da angeordnet worden war, daß die bis 8 Uhr Erschienenen noch wählen konnten, so währte die Wahlhandlung eine gute Weile in die neunte Stunde hinein.

Dann das Zusammenstellen der Wahlergebnisse. Die Wähler saßen mit den wichtigsten Zahlen in der Tasche zu den Centralstellen, von dort mit den Gesamtzahlen nach unserer Redaktion. Andere bringen die Siegesbotschaften den abends tagenden Volksversammlungen, wo die laut verkündeten Resultate die zahlreich erschienenen Genossen zu lauten Ausrufen des Stolzes und der Freude hinstießen. Nach langer Arbeit wieder ein großer Erfolg! Die Genossen hatten Ursache, sich in gehobener Stimmung ihres Sieges zu freuen.

1. Wahlbezirk. Bisher Jordan (Lib.). Wahllokal: Reuer Markt 8-12. Zahl der eingeschriebenen Wähler 5239. Abgegebene Stimmen 1273. Es erhielten: **Fritz Bruch (Soc.) 202, Jordan (Lib.) 795, Bürgerpartei 276.**
Gewählt: **Jordan (Lib.).**

3. Wahlbezirk. Bisher Dr. Hermes (Lib.). Wahllokal: Lindenstr. 105. Zahl der eingeschriebenen Wähler: 3323. Abgegebene Stimmen 1512. Es erhielten: **Friedrich Lutz (Soc.) 520, Dr. Hermes (Lib.) 865, Jeschlitter 127.**
Gewählt: **Dr. Hermes (Lib.).**

6. Wahlbezirk. Bisher Försterling (Lib.) Wahllokal: Dammwischstr. 13. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6398. Abgegebene Stimmen 1302. Es erhielten: **Ferd. Ewald (Soc.) 400, Richard Barth (Lib.) 677, Jeschlitter 224.**
Stichwahl zwischen **Ewald (Soc.)** und **Barth (Lib.).**

7. Wahlbezirk. Bisher Hilslein (Lib.). Wahllokal: Teltowstr. 3. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6563. Abgegebene Stimmen 1806. Es erhielten: **Karl Lankow (Soc.) 529, Hilslein (Lib.) 816, Bürgerpartei 521.**
Stichwahl zwischen **Lankow (Soc.)** und **Hilslein (Lib.).**

15. Wahlbezirk. Bisher Tollsdorf (Soc.). Wahllokal: Forsterstr. 11-15. Zahl der eingeschriebenen Wähler 7126. Abgegebene Stimmen 3048. Es erhielten: **Ludwig Tollsdorf (Soc.) 2780, Schneider (Lib.) 262.**
Gewählt: **Tollsdorf (Soc.).**

16. Wahlbezirk. Bisher Herbig (Lib.). Wahllokal: Alexandrinerstr. 110. Zahl der eingeschriebenen Wähler 5766. Abgegebene Stimmen 2020. Es erhielten: **Theodor Meßner (Soc.) 887, Herbig (Lib.) 1131.**
Gewählt: **Herbig (Lib.).**

19. Wahlbezirk. Bisher Rosenow (Lib.). Wahllokal: Köpenickerstr. 96/97. Zahl der eingeschriebenen Wähler 5360. Abgegebene Stimmen 1842. Es erhielten: **H. Körten (Soc.) 549, Rosenow (Lib.) 1288.**
Gewählt: **Rosenow (Lib.).**

20. Wahlbezirk. Bisher Toerner (Lib.). Wahllokal: Wallner-Theaterstr. 15. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6871. Abgegebene Stimmen 2133. Es erhielten: **Dr. Friedberg (Soc.) 990, Toerner (Lib.) 1143.**
Gewählt: **Toerner (Lib.).**

21. Wahlbezirk. Bisher Fritz Wille (Soc.). Wahllokal: Andreasstr. 21. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6243. Abgegebene Stimmen 2270. Es erhielten: **Fritz Wille (Soc.) 1385, Wegstah (Lib.) 885.**
Gewählt: **Fritz Wille (Soc.).**

26. Wahlbezirk. Neugebildeter Bezirk. Wahllokal: Landsberger Allee 24-27. Eingeschriebene Wähler 8101. Abgegebene Stimmen 2806. Es erhielten: **Hugo Seimann (Soc.) 1806, Schmelyspennig (Lib.) 648, Bürgerpartei 400.**
Gewählt: **Seimann (Soc.).**

27. Wahlbezirk. Bisher Meißner (Lib.). Wahllokal: Am Friedrichshagen 22-29. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6165. Abgegebene Stimmen 2106. Es erhielten: **Adolf Hoffmann (Soc.) 1254, Meißner (Lib.) 784, Bürgerpartei 68.**
Gewählt: **Hoffmann (Soc.).**

30. Wahlbezirk. Bisher Sutter (Lib.). Wahllokal: Sophienstraße 15. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6347. Abgegebene Stimmen 2121. Es erhielten: **Johannes Sassenbach (Soc.) 433, Sutter (Lib.) 1145, Bürgerpartei 528.**
Gewählt: **Sutter (Lib.).**

33. Wahlbezirk. Bisher Gleichholt (Soc.). Wahllokal: Kastanienallee 7-9. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6394. Abgegebene Stimmen 2836. Es erhielten: **Karl Koblenzer (Soc.) 1282, Hermanns (Lib.) 635, Stöcker (Antif.) 339.**
Gewählt: **Koblenzer (Soc.).**

38. Wahlbezirk. Bisher Gleinert (Soc.). Wahllokal: Schweinmünderstr. 42. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6388. Abgegebene Stimmen 1985. Es erhielten: **Gleinert (Soc.) 1593, Dr. Zutroffinski (Lib.) 223, Bürgerpartei 168.**
Gewählt: **Gleinert (Soc.).**

40. Wahlbezirk. Neugebildeter Bezirk. Wahllokal: Chausseestraße 58. Zahl der eingeschriebenen Wähler 5844. Abgegebene Stimmen 2194. Es erhielten: **Dr. Curt Freudenberg (Soc.) 1442, Lenz (Lib.) 596, Bürgerpartei 152.**
Gewählt: **Dr. Freudenberg (Soc.).**

43. Wahlbezirk. Neugebildeter Bezirk. Wahllokal: Alt-Moabit 47-48. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6851. Abgegebene Stimmen 3105. Es erhielten: **Ferdinand Ewald (Soc.) 2506, Hoffrede (Lib.) 586, Jeschlitter 13.**
Gewählt: **Ewald (Soc.).**

44. Wahlbezirk. Neugebildeter Bezirk. Wahllokal: Turmstraße 26. Zahl der eingeschriebenen Wähler 7384. Abgegebene Stimmen 2576. Es erhielten: **Rud. Millarg 1349, Wrede 597, Bürgerpartei 721 Stimmen.**
Gewählt: **Millarg (Soc.).**

45. Wahlbezirk. Neugebildeter Bezirk. Wahllokal: Perlebergerstraße 26. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6297. Abgegebene Stimmen 2270. Es erhielten: **Theodor Glocke (Soc.) 805, Gotschold (Lib.) 654, Ulrich (Antif.) 808, Jeschlitter 3.**
Stichwahl zwischen **Glocke (Soc.)** und **Ulrich (Antif.).**

46. Wahlbezirk. Bisher Vogtherr (Soc.). Wahllokal: Köpferstr. 8. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6763. Abgegebene Stimmen: 2850. Es erhielten: **August Sinke (Soc.) 2370, Walter (Lib.) 876, Jeschlitter 65.**
Gewählt: **August Sinke (Soc.).**

47. Wahlbezirk. Neugebildeter Bezirk. Wahllokal: Schulstraße 29. Zahl der eingeschriebenen Wähler 4890. Abgegebene Stimmen 1989. Es erhielten: **Nich. Augustin (Soc.) 1505, Ortel (Lib.) 488, Jeschlitter 26.**
Gewählt: **Nich. Augustin (Soc.).**

48. Wahlbezirk. Bisher Jacoby (Soc.). Wahllokal: Badstraße 35/36. Zahl der eingeschriebenen Wähler 6213. Abgegebene Stimmen 2760. Es erhielten: **W. Pfaunkuch (Soc.) 2055, Thieme (Lib.) 705.**
Gewählt: **Wilhelm Pfaunkuch (Soc.).**

Soziale Rechtspflege.

Heberanerkennung als Verleumdung. Ein vernünftiges Urteil fällt das Reichs-Versicherungsamt vor kurzem unter Vorsitz des Geh. Rat. Geibel in der Rentenlagelache, die von der Witwe des verstorbenen Brauerei-Arbeiters Fr. Widler in Koburg wider die Brauerei- und Metzgerei-Vereinsgenossenschaft erhoben worden war. Er war erweislich lungenleidend und erlitt beim Aufheben eines 55 Kilo schweren Sackes eine Lungenblutung, die drei Monate nach dem Unfall, am 10. Juni 1898, seinen Tod zur Folge hatte. Die Berufsgenossenschaft wie auch später das Schiedsgericht entschieden dahin, daß der Verstorbene bei seinem Leiden jederzeit dem Einwirken eines Bluthurzes ausgesetzt war und daß Aufheben des Sackes als gewöhnliche und gar nicht besonders anstrengende Arbeit anzusehen sei. Namentlich entschied das Reichs-Versicherungsamt im Rekursverfahren zu Gunsten der Klägerin. Es wurde der Beweis erbracht, daß W. während seiner 10jährigen Angestelltenzeit zu einer Krankenliste diese nur einmal 14 Tage lang in einem unbedeutenden Maße in Anspruch genommen hat; ferner hatte er noch am Tage vor dem Unfall 130 Pfund schwere Sacke getragen.

Zu der Urteilsbegründung des Reichs-Versicherungsamts heißt es: Der Gerichtshof hat die Heberanerkennung erlangt, daß mit Wahrscheinlichkeit der Tod durch den Unfall hervorgerufen, zum mindesten aber wesentlich beschleunigt ist, da höchst wahrscheinlich W. noch erheblich länger gelebt hätte und in alter Weise hätte weiter arbeiten können, wenn die durch das Tragen des Sackes hervorgerufene Lungenblutung nicht eingetreten wäre. Steht aber hiernach mit Wahrscheinlichkeit fest, daß der Tod des W. oder doch die Beschleunigung des Todes eine wenn auch nur mittelbare Folge seines Unfalls ist, so ist der Rentenanspruch der Klägerin an sich begründet.

Zu der Sache waren zwei Termine erforderlich. Es ist für die Praxis mancher Vorsitzenden bezeichnend, daß im ersten Termin Geh. R. Geibel als Vorsitzender der Vertreter der Klägerin, Genossen Geig, beim Vorbringen seines wichtigsten Materials ersuchte, sich kurz zu fassen. Auf dessen Einwand beneidete der Vorsitzende weiter: „Wie können doch hier nicht bis Nachmittag sitzen!“ Der Vertreter entgegnete jedoch, daß das Material so erheblich wichtig sei, daß er davon nichts zurückbehalten werde, womit sich der Herr Vorsitzende dann wohl oder übel zufrieden geben mußte.

Die gefährdete Disziplin. Der Bronze-Arbeiter A., der in der Fabrik von Kuerbach u. Co. in Rothendenz (Waren) nahezu 10 Jahre beschäftigt war, hatte das Verlangen gestellt, man möge den Arbeitern nicht die Feiertage vom Lohn abziehen, sondern, wie es früher Gebrauch war, gewisse Tage weiter bezahlen. Da nun der Arbeiter bei seiner Entlassung forderte, man solle ihm ein Zeugnis über seine Leistungen ausstellen, handigte die Firma dem gemahregelten Arbeiter folgendes Schreiben aus:

„Der Bronze-Arbeiter A. . . . war vom 23. Juli 1888 bis 1. Juli 1898 in unserer Fabrik in Rothendenz beschäftigt. Er war ein tüchtiger, fleißiger Arbeiter, dessen pünktliche Entlassung nicht erfolgt wäre, wenn er nicht in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann der Verwaltungskasse Rosenbergs des Deutschen Metallarbeiter-Vereins eine derartige Thätigkeit entfaltet hätte, welche die unumgänglich notwendige Disziplin eines Fabrikbetriebes gefährdete.“

Natürlich war es dem Arbeiter unmöglich, auf dieses Zeugnis Arbeit zu bekommen und er beschritt schließlich den Klageweg. Das Amtsgericht in Fürth wies ihn mit seinen Ansprüchen ab und erst auf erhobene Berufung verurteilte das Landgericht die Firma zur Tragung der Kosten des Verfahrens und zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 70 Mark für entgangenen Arbeitsverdienst.

Entscheidend für das Urteil war, daß der Kläger ein Zeugnis auf Grund § 113 der Gewerbe-Ordnung verlangte mit der ausdrücklichen Bemerkung, es solle über seine Leistung, sowie Art und Dauer der Beschäftigung Auskunft geben. Er hatte nicht die Ausdehnung auf die Führung verlangt, die nach § 113 der Gewerbe-Ordnung gleichfalls zulässig ist. Das Zeugnis selbst sprach sich aber über die Führung aus und das Gericht mußte zugeben, daß diese Angabe geeignet war, dem Kläger die Auffindung einer Arbeit unmöglich zu machen.

Das Urteil ist sehr beachtenswert, es wäre geeignet, dem Unfuge der Unternehmer, durch Ausstellung derartiger Zeugnisse den Arbeitern das Aufsuchen von Arbeit zu erschweren, ja fast unmöglich zu machen, endlich einen Riegel vorzuschleiben.

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Turlach, 6. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Reichswahlen in Turlach-Stadt ergaben den erwarteten socialistischen Sieg. Es wurden weitere 35 socialistische Wahlmänner gegen 13 Nationalliberale gewählt.

Blin a. Rh., 6. November. (W. S.) Die „Ahn. Bzg.“ meldet aus Berlin: Eine Berliner Meldung verbreitet, daß der Gesandte Dr. Leude erklärt habe, in der Transvaalfrage sei jetzt ein Dazwischentreter Deutschlands, Frankreichs und Russlands gesichert. Wir wissen nicht, was Dr. Leude geäußert hat, aber das wissen wir, daß der Inhalt dieser angeblichen Äußerung nach jeder Richtung hin falsch ist. Weder Frankreich noch Rußland haben bisher die geringste Geneigtheit erkennen lassen, mit oder ohne Deutschland die indischafrikanische Frage auf die Tagesordnung zu setzen.

Wien, 6. November. (W. S.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Ministerpräsident Graf Clary bei der Debatte über den § 14 die Erklärung ab, daß die Regierung den Vorschlag auf Aufhebung dieses Paragraphen ihre Zustimmung nicht geben könne, weil sich derselbe bei Ersetzung nationaler Unterfügung aus Anlaß von Koständen oder bei Staatsbeiträgen zu dringenden gemeinnützigen Arbeiten wiederholt als äußerst förderlich erwiesen habe. Die Regierung stehe indessen nicht an, neuerdings zu betonen, daß sie von dem ihr durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgezeichneten Wege unter keinen Umständen abweichen werde.

Der Krieg.

Brüssel, 6. November. (W. S.) Nach hier vorliegenden Meldungen aus London begegnet die Nachricht von einem am letzten Donnerstag stattgefundenen erfolgreichen Gesandte der englischen Truppen bei Ladysmith dort großem Mißtrauen. Dagegen verleiht, daß infolge des Bombardements von Ladysmith und Colenso am letzten Donnerstag die zur Verteidigung der Tugelaabriden aufgestellten englischen Batterien von den Boeren zum Zurückweichen gebracht, und daß die Truppen, welche diese Stellung verteidigten, zum schleunigen Rückzug genötigt wurden. Da die Boeren die die Ladysmith nach Ladysmith beherrschenden Punkte besetzt hätten, habe die flüchtige Truppenabteilung einen Weg nach Süden einschlagen müssen, welcher ebenfalls bereits in Händen der Boerentruppen war. Man zweifle in Natal nicht daran, daß die Truppenabteilung abgeschnitten und den Boeren in die Hände gefallen sei, da auch in Durban feinerlei Nachricht über die selbe vorlag. Auch geht das Gerücht, daß Lebensmittel und die Munition der Garnison von Ladysmith nahezu erschöpft und daß es unbedenklich sei, die Garnison zu verproviantieren.

Turban, 3. November. (W. S.) Der „Katal Advertiser“ meldet: Die Garnison von Colenso rettete alle Vorräte, Pelze, alles Handwerkzeug usw. Der Feind war etwa 6000 Mann stark, darunter eine neubingekommene Abteilung Freischützern. Ein gepanzerter Zug leistete glänzende Dienste, indem er eine Abteilung des Dubliner Regiments zum Entsaße eines von Freiwilligen gehaltenen Kuhensforts herabbrachte. Bezüglich der Lage von Pietermaritzburg sind beruhigende Nachrichten eingelaufen.

